

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2023



**Mut/Wut! Protest, Aufstand und politischer Aktivismus
in Diktatur und Demokratie**

**DDR-Volksaufstand von 1953 nur unzureichend
in der Erinnerungskultur verankert**

Staatsbürgerpreis 2023 für den rumänischen Präsidenten

Bericht zum Aufbau der Gedenkstätte Hoheneck

Inhalt

Aktuell

- 3 Mut/Wut! Protest, Aufstand und politischer Aktivismus in Diktatur und Demokratie
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig
- 4 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
17. Juni kompakt im Roten Rathaus
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
Der lange Schatten der Diktatur
- 6 Stadt, Land, Netz: Protesträume im Wandel
Seminar: Der Volksaufstand 1953 in der DDR
Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock

Aufarbeitung

- 7 Verhaftet – Verschleppt – Vergessen
- 8 UOKG-Ausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ in Niedersächsischen Landtag
Neues Angebot der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzsperrgebiet
- 9 Karl-Wilhelm-Fricke-Preis 2023
Gegen das Vergessen
Diskussion um Gedenkort Neubrandenburg

Berichte

- 10 DDR-Volksaufstand von 1953 nur unzureichend in der Erinnerungskultur verankert
Neues zum 17. Juni 1953 im Brigitte-Reimann-Haus
- 11 Auf uns können Sie sich weiter verlassen!
- 12 Bericht zum Aufbau der Gedenkstätte Hoheneck

International

- 13 Staatsbürgerpreis 2023 für den rumänischen Präsidenten
Der Arbeiteraufstand in Plovdiv im Mai 1953

Geschichte

- 14 „Eisige Zone“ – Warum Zeitgeschichte so lesenswert sein kann!
Erinnerung an meinen Freund G.
- 15 Ein verhindertes ‚Endsiegler‘

Verbände

- 16 Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion
- 17 UOKG-Kongress Jugendhäuser
- 18 Die Schmerzgrenze überwinden
Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V (ARE)
- 19 2. Jahresbericht der SED-Opferbeauftragte

Service/Bücher

- 19 Die Mauer der Schuld
- 20 Justizgeflüster
- 21 Der 17. Juni 1953 – Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn
Denkort Hohenleuben in Thüringen
- 22 „DDR im Plural“: Neues Lesebuch zur DDR-Geschichte
Bayern in der friedlichen Revolution 1989/90
- 23 Der kurze Sommer der Freiheit

Umschlagbild

„Und da war das erste Mal eigentlich dieser Wunsch ... einfach nicht mehr da sein, einschlafen und nicht mehr aufwachen.“ Kerstin K., 16 Jahre alt, im Jugendwerkhof Torgau.

Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Zwangsarbeit politischer DDR-Häftlinge

In der Bundespressekonferenz am 15. Juni 2023 hat die Opferbeauftragte des Deutschen Bundestages Evelyn Zupke vor der Bundespressekonferenz ihren Jahres-tätigkeitsbericht vorgestellt.

An vorderer und prominenter Stelle hat sie das Thema der Zwangsarbeit politischer Häftlinge für Unternehmen im Westen thematisiert. Namentlich genannt wurden verschiedene Handelshäuser, von denen aber nur noch die Firma OTTO als großes europäisches Haus an Markt ist. Die Journalisten stellten hierzu interessierte Anfragen. Es wurde klar gestellt, dass es bei der Firma OTTO nicht mehr vordergründig um eine juristische Verantwortung, sondern ausschließlich um eine moralische Verantwortung gegenüber den früheren SED-Opfern geht. Gleichzeitig wurde deutlich, dass OTTO offenbar kein großes Interesse daran hat, die Bedingungen seines innerdeutschen Handels weiter aufzuklären.

Die UOKG hat zusammen mit der Opferbeauftragten in den vergangenen Monaten intensiv recherchiert und am Beispiel der Praktika-Fotokameras, deren Gehäuse in bestimmten Jahren überwiegend in Cottbus bearbeitet wurden, nachgewiesen, dass der Otto-Versand besonders in den siebziger Jahren Fotokameras für 355,- DM angeboten hat, die aus dieser Produktionslinie in Cottbus stammten. Dies wurde der Firma OTTO mitgeteilt, die ihrerseits Anwälte damit beauftragt hat, die Sachverhalte zu prüfen. Man werde die Firmenarchive und andere Quellen der Firma OTTO sorgfältig sichten, hieß es von Seiten der Anwälte. Dabei geht es der OTTO-Gruppe und den beauftragten Rechtsanwälten aber offensichtlich nicht wirklich um Aufklärung, sondern um die

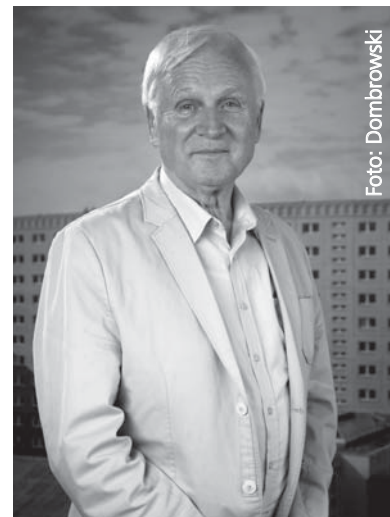


Foto: Dombrowski

Abwehr möglicher Verantwortlichkeiten und Ansprüche gegenüber von Betroffenen. So zumindest die bisherige Eindrücke der UOKG.

Ich möchte daher ehemalige Insassen von Cottbus, die in der Produktion Zwangsarbeit leisteten, bitten, sich bei der UOKG zu melden. Es geht darum, weitere Zeugnisaussagen zur Haftzwangsarbeit von Beschäftigten in der DDR, sei's in Cottbus oder in anderen Orten, aufzuarbeiten und um das konkrete Unrecht sichtbar und das Thema Zwangsarbeit im Rahmen politischer Haft und Verfolgung weiter öffentlich zu machen. Bitte melden Sie sich bei uns mit Hinweisen dazu.

Zugleich möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Ende des Jahres ein weiterer Bericht zum Thema Zwangsarbeit im Stacheldraht erscheinen wird. Bleiben Sie gesund und aufrecht.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Mut/Wut! Protest, Aufstand und politischer Aktivismus in Diktatur und Demokratie

Am 17. Juni 1953 gingen über eine Million Menschen in der DDR für Freiheit, Demokratie und die deutsche Einheit auf die Straße. Das SED-Regime fühlte sich durch die Forderungen und den bloßen Akt ihrer Äußerung bedroht und schlug den Volksaufstand mit Waffengewalt nieder. 70 Jahre später zeigen Proteste in Iran, Belarus oder Hongkong, wie gefährlich es auch heute ist, gegen autoritäre Regime aufzubegehren. In Demokratien wiederum fordern Protestbewegungen wie Black Lives Matter, Letzte Generation oder Querdenken die Konfliktfähigkeit von Staat, Politik und Gesellschaft heraus. Die Veranstaltungsreihe spürt dem Mut und der Wut nach, für Überzeugungen auf- und einzustehen und fragt, ob sich Akteure, Anliegen und Aktionsformen widerständiger Bewegungen in Diktatur und Demokratie überhaupt vergleichen lassen. Sechs Gesprächsrunden nehmen unterschiedliche Aspekte von Protest in Geschichte und Gegenwart, in Europa und der Welt in den Blick.

Die Veranstaltungsreihe ist ein Gemeinschaftsprojekt der Deutschen Gesellschaft e. V., der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Deutschen Nationalstiftung und der Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Die Diskussionen finden als Präsenzveranstaltungen statt und werden live auf dem YouTube-Kanal der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur übertragen. Auftakt der Reihe bildete die Tagung „Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie – Geschichte und Gegenwart“ am 25. Mai 2023.

Termine und Themen der Diskussionsreihe im Überblick

Dienstag | 04.07.2023 | 18:00 Uhr

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin
Stadt, Land, Netz:
Protesträume im Wandel

Dienstag | 05.09.2023 | 18:00 Uhr

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin
Zwischen Recht und Repression:
Protest und Staatsmacht

Dienstag | 10.10.2023 | 18:00 Uhr

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin
Demokratischer (Un-)Wille? Der Umgang mit antidemokratischem Protest

Dienstag | 07.11.2023 | 18:00 Uhr

Ort: Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Hardenbergstr. 22–24, 10623 Berlin
Unerhört! Vergessene Aufstände und marginalisierter Protest

Dienstag | 05.12.2023 | 18:00 Uhr

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin
Herz auf der Straße: Protest und Emotion

Kontakt: Deutsche Gesellschaft e. V.

Dr. Heike Tuchscheerer
Politik und Geschichte
Mauerstr. 83/84, 10117 Berlin
Tel.: + 49 (0)30 88412 254
E-Mail: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de



Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Veranstaltungen und Ausstellungen in der Region

Titel: Die Stasi in Geithain – Ausstellung und Bürgerberatung
Ort: Bürgerhaus Geithain, Louis-Petermann-Straße 10, 04643 Geithain
Termin: Montag, 03. Juli 2023, 12–18 Uhr, Dienstag, 4. Juli 2023, 10–16 Uhr

Das Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig berät rund um das Thema „Akteneinsicht“. Zusätzlich wird die Ausstellung „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.“ gezeigt. Tafeln und Beispielakten zum Wirken der Stasi in der Region Geithain ergänzen das Angebot. Am 4. Juli besteht zudem ein Beratungsangebot der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung von DDR-Unrecht.

Veranstalter: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig
Mitveranstalter: Stadt Geithain
Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Öffentliche Führungen

Mittwoch, 28. Juni 2023, 17 Uhr
Titel: (K)ein Sonderzug nach Pankow.
Lindenbergs-Fans im Visier der Stasi.

Mittwoch, 26. Juli 2023, 11 Uhr
Eine Anmeldung per Telefon unter 0341 22473211 oder per E-Mail an stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.
Öffnungszeiten:
Montag–Freitag 08–18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Wechselausstellungen

Titel: Die Stasi. Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatssicherheit in den Regionen.
Dauer: 09. Januar bis 31. Juli 2023
Öffnungszeiten:
Montag–Freitag 08–18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Titel: Leseland DDR. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – von Stefan Wolle, 2022.
Dauer: 09. Januar bis 31. Juli 2023
Öffnungszeiten:
Montag–Freitag 08 – 18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Titel: 17. Juni kompakt. Der Volksaufstand in der DDR 1953. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2023.
Dauer: 19. April bis 31. Dezember 2023
Öffnungszeiten:
Montag–Freitag 08 – 18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Ort: **Alle Veranstaltungen**
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24, 04109 Leipzig
Telefon: 0341 - 2247-3211
Fax: 0341 - 2247-3219

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag | 27. Juni 2023 | 18:00 Uhr

Dr. Heimo Schwilk, der bekannte Journalist und Autor stellt sein autobiografisches Werk vor:

MEIN ABENTEUERLICHES HERZ 1:

Aus den Tagebüchern 1983–1999

Die Tagebücher von Heimo Schwilk sind eine kleine Gegengeschichte der Bundesrepublik, schonungslos, angriffslustig, ehrlich. Auch gegenüber sich selbst. Für den Jünger-Biografen, der zusammen mit seinem Freund Ulrich Schacht auch den viel diskutierten Band „Die selbstbewusste Nation“ herausgab, war die deutsche Einheit keine Illusion, sondern eine Selbstverständlichkeit – vor und nach dem Fall der Mauer. Viele große Namen tauchen in diesem Kompendium auf, neben Ernst Jünger ebenso Botho Strauß und Martin Walser, Walter Kempowski, Erich Loest, Günter de Bruyn und Reiner Kunze, aber auch Günter Grass oder Marcel Reich-Ranicki. Die Begegnungen mit Politikern aller Couleur zeigen Schwilks Skepsis gegenüber einem Politikbetrieb, der weniger den Interessen der Bürger als einem schrankenlosen Moralismus dient.

Dienstag | 11. Juli 2023 | 18:00 Uhr

Roswitha Quadflieg, die Schriftstellerin stellt ihren Roman vor, der auf Tatsachen beruht, diese aber vollständig fikionalisiert: IHR WART DOCH MEINE FEINDE

Nach dem Begräbnis einer ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiterin der Staatssicherheit treffen sich ihre ehemaligen Wegbe-

gleiterinnen und Wegbegleiter, verratene Freunde und DDR-Oppositionelle, in deren Umfeld sich die Verstorbene eingeschlichen hatte, in einem Gasthof in Bernau. Auch Stasi-Mitarbeiter und andere zwielichtige Vertreterinnen und Vertreter des SED-Unterdrückungssystems drängen sich ungeladen dazu. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf: Verdächtigungen, Anschuldigungen, Hass und Richtigstellungen wechseln beim „Leichenschmaus“ die Seiten. Und am Ende passiert ein Mord.

Dienstag | 25. Juli 2023 | 18:00 Uhr

Dr. Nils Lange, der Politikwissenschaftler stellt seine Biografie vor:

Matthias Walden –

Ein Leben für die Freiheit

Matthias Walden (1927–1984) gehörte zu den prägenden Journalisten, die sich nach 1945 vehement für einen politischen Neuanfang in Deutschland einsetzten. Im Kern seines politischen Denkens stand die Verteidigung der liberalen Demokratie gegen Diktaturen und totalitäre Gesellschaftsentwürfe. Nils Lange legt mit dieser intellektuellen Biografie die erste umfassende Arbeit über Leben und Werk Matthias Waldens vor. Dabei arbeitet er sowohl die politischen als auch die ideengeschichtlichen Einflüsse heraus, die den profilierten Leitartikler des Verlags Axel Springer prägten. In seinen Reportagen setzte sich Walden oft mit der Teilung Deutschlands und der Teilung Berlins auseinander, die er nie als endgültiges Fak-

tum auffasste. Er bemühte sich auch, das Bewusstsein der Öffentlichkeit gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in der DDR ständig wachzuhalten.

Dienstag | 08. August 2023 | 18:00 Uhr

Bernhard Priesemuth, der Referent präsentiert seine akribischen Forschungsergebnisse: Sie starben namenlos und bekamen keine Gräber – Das Schicksal der „Sonderhäftlinge“ von MfS und KGB

Im Oktober 1992 hielt Bernhard Priesemuth, damals Mitarbeiter des Bundesfamilienministeriums und zuständig für Fragen des Gräbergesetzes in den neuen Bundesländern, bei uns einen Vortrag über den Stand der Recherche nach toten Opfern stalinistischer Gewaltherrschaft in Deutschland. Mit Einstellung der Arbeit der Ermittlungsorgane endete auch für ihn diese dienstliche Recherchearbeit, obwohl das Thema noch lange nicht abgeschlossen war. Bis heute setzte er diese Arbeit ehrenamtlich fort. Der Vortrag schließt an den Stand von 1992 an, ergänzt die Opfergruppen und geht besonders auf das schreckliche Schicksal sogenannter „Sonderhäftlinge“ ein.

Dienstag | 22. August 2023 | 18:00 Uhr

Dr. Erik Lommatzsch, der Historiker und Publizist hält seinen Vortrag: Der Kampf um eine eigenständige CDU in der SBZ: Andreas Hermes und Jakob Kaiser

Im Dezember 1945 setzte die SMAD Andreas Hermes (1878–1964) als Vorsitzenden der CDU in der SBZ ab. Sein Nachfolger Jakob Kaiser (1888–1961) wurde von den Sowjets zwei Jahre später, im Dezember 1947 ebenfalls aus seiner Position entfernt. Beide hatten in der Weimarer Republik als Zentrumspolitiker gewirkt, beide zählten zum Widerstand gegen den NS-Staat im Umfeld des Attentats vom 20. Juli 1944. Der Versuch, in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter der Ägide der sowjetischen Besatzer eine eigenständige christlich-demokratische Partei zu etablieren, die sich selbst als Neugründung verstand und gesamtdeutschen Anspruch erhob, war gekennzeichnet von Anfangserfolgen, Idealen und Illusionen. Dominiert wurde diese Phase von Hermes und Kaiser, die wenig kompromissbereit gegenüber der SMAD an ihren Vorstellungen festhielten.

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Nikolaikirchplatz 5–7

10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)

Tel.: 030 – 283 43 27

www.Gedenkbibliothek.de



17. Juni kompakt im Roten Rathaus

Ausstellung zum DDR-Volksaufstand von 1953 im Roten Rathaus

Die Ausstellung „17. Juni kompakt“ ist bis zum 07. Juli im Säulensaal des Roten Rathauses zu sehen. Zeichnungen, Infografiken, zeithistorische Fotos und leicht verständliche Texte beschreiben auf sechs Tafeln die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen des DDR-Volksaufstandes. Die Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kann von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 18 Uhr kostenlos besichtigt werden. Die von Clara Marz konzipierte und realisierte Schau ist ein Beitrag zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes, der am 17. Juni 1953 von sowjetischen Truppen niedergeschlagen worden war.

Ort: Rotes Rathaus, Rathausstraße 15, 10178 Berlin

Öffnungszeiten: 15. Juni bis 07. Juli 2023, Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Eintritt frei

Hinweis: Wegen täglicher Veranstaltungen und aus Sicherheitsgründen kann es zu vorübergehenden Schließungen kommen, Öffnung bitte unter Tel. 030/9026 2032 erfragen.

Mehr Informationen über die Ausstellung finden Sie hier:

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/17junikompekt

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden

Besuchertage mit Archivführungen

09:00–18:00 Uhr

27.07.2023 16:30 Uhr

Archivführung

31.08.2023 16:00 Uhr

Angebot „Stasi-Akten entdecken“

16:30 Uhr

Archivführung

28.09.2023 16:30 Uhr

Archivführung

26.10.2023 16:30 Uhr

Archivführung

30.11.2023 16:00 Uhr

Angebot „Stasi-Akten entdecken“

16:30 Uhr

Archivführung

14.12.2023 16:30 Uhr

Archivführung

in Dresden in den Blick nahm. Im Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden werden die Hinterlassenschaften der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Dresden verwahrt. Zur Museumsnacht öffnen wir unsere Archivräume und präsentieren besondere Fundstücke.

19:15 Uhr: Die Überwachung der Wiedereröffnung der Semperoper. Mitarbeiter berichten wie die Wiedereröffnung der Semperoper 1985 von der Stasi überwacht wurde.

18:00–24:00 Uhr: Gläsernes Büro. Vom Antrag zur Akte. Wie können Stasi-Akten eingesehen werden?

18:00–24:00 Uhr: „Überwachter Tourismus“. Eine Ausstellung gibt Einblicke in die Ausspähung und Kontrolle des Tourismus in der DDR durch die Stasi.

18:00–24:00 Uhr: Aktenmaterial. Stasiakten selbst entdecken. Musterakten geben einen Einblick in die Stasi-Akten.

18:00–23:00 Uhr: Programm für Familien und Kinder. Wo versteckt sich die Stasi? Histocaching analog gedacht: Schnipseljagd für Kinder und Jugendliche durch das Stasi-Unterlagen-Archiv.

18:00–23:00 Uhr: stündlich | Auf den Spuren der Staatssicherheit. Rundgänge durch das Stasi-Unterlagen-Archiv.

10.09.2023, 10:00 Uhr

Rundgang „Die Topographie der Sicherheit“ über das ehemalige Areal der Staatssicherheit am Elbhof mit Heiko Neumann (Historiker) | Treffpunkt: Eingang Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden.

26.10.2023, 18:00 Uhr

Zwischen Schicksalsaufklärung und Familiengeschichte. Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg mit Dr. Gunnar Wendt (BArch, WAST).

Um Anmeldung zu den Archivführungen wird unter Tel. 0351 2508-3411 oder per E-Mail dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de gebeten. Alle Angebote sind kostenfrei.

Bundesarchiv–Stasi-Unterlagen-Archiv–
Außenstelle Dresden

Riesaer Str. 7 D

01129 Dresden

Tel.: (0351) 2508-3411

E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Archivführungen für Seniorinnen und Senioren

08.08. und 07.11.2023, jeweils ab 10:00 Uhr, barrierefreier Rundgang mit Sitzmöglichkeiten.

Veranstaltungen

08.07.2023, 18:00–24:00 Uhr

Museumsnacht Dresden. „Überwachter Tourismus“. Wie die Stasi Touristen

Der lange Schatten der Diktatur

Posttraumatische Belastungen nach politischer Verfolgung in SBZ und DDR

Bis heute leiden viele Menschen an den Folgen der politischen Verfolgung in der SBZ und DDR. Neben den bereits bekannten Folgeschäden wie Posttraumatischen Belastungsstörungen, gehören auch vielschichtige Mehrfacherkrankungen wie Herz-Kreislaufstörungen oder Schmerzstörungen zu den Krankheitsbildern infolge erlittener Repressionen. Zugleich haben viele Betroffene bis heute keinen ausreichenden Zugang zu Beratungs- und Anlaufstellen, in denen sie nicht nur über die geltende Rechtslage und ihre Ansprüche informiert werden, sondern auch psychosoziale Betreuung und Beratung erhalten. Vor allem in den westdeutschen Bundesländern besteht eine Versorgungslücke. Besonderen Bedarf gibt es nach wie vor an Gutachtern sowie an Beratern, die nicht nur über fundierte psychologische Kenntnisse verfügen, sondern auch

Wissen über das Haft- und Verfolgungssystem in der DDR haben. Die weiterhin bestehenden großen Hürden bei der Anerkennung der erheblichen Folgeschäden der politischen Verfolgung in der SBZ und DDR machen dies deutlich.

Seit 2021 untersucht das länderübergreifende Forschungsverbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ der Universitäten Magdeburg, Jena, Leipzig und Rostock erstmals auch die Begutachtungspraxis in Entschädigungsverfahren in der Breite, um so zu einer verbesserten Anerkennung und Behandlung der Betroffenen beizutragen.

Am 29. Juni 2023 diskutieren Prof. Dr. Jörg Frommer (Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie), Dr. Stefan Trobisch-Lütge (Leiter der Bera-

tungsstelle Gegenwind, Psychoanalytiker und Traumatherapeut) und Dr. Karl-Heinz Bomberg (Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie-Psychoanalyse) über posttraumatische Belastungen nach politischer Haft sowie Hürden bei der Anerkennung der erheblichen Folgeschäden der politischen Verfolgung in der SBZ und DDR. Die Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird moderiert von Tamina Kutscher, freie Journalistin.

29. Juni 2023, um 18:00 Uhr vor Ort in der Kronenstraße 5, in 10117 Berlin. Die Veranstaltung können Sie auch live auf dem YouTube-Kanal (<https://www.youtube.com/watch?v=pvOyWMZs1u0>) oder im Nachgang in unserer Mediathek verfolgen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



Stadt, Land, Netz: Protesträume im Wandel

Im Jahr 2023 laden die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Deutsche Gesellschaft e. V., die Berliner Landeszentrale für politische Bildung und die Deutsche Nationalstiftung unter dem Titel „Mut / Wut! Protest, Aufstand und politischer Aktivismus in Diktatur und Demokratie“ zu einer sechsteiligen Diskussionsreihe ein. Ziel der Reihe ist es, ausgehend vom Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR erinnerungskulturelle Aspekte von weltweiten Protesten zu beleuchten und ein breites Geschichtsbewusstsein zu fördern.

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Zeit: 04.07.2023, ab 18:00 Uhr

Die Gesprächsrunde findet als Präsenzveranstaltung statt und wird im Fernsehprogramm von AlexBerlin sowie im YouTube-Stream der Bundesstiftung übertragen. Diskutieren Sie mit – vor Ort, im Chat während des Livestreams oder richten Sie Ihre Fragen und Kommentare vorab an: protest@deutsche-gesellschaft-ev.de

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Programm und ausführliche Informationen: <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/diskussionsreihen/1653-2023-diskussionsreihe-mut-wut.html>

Ansprechpartnerin:
Deutsche Gesellschaft e. V.
Dr. Heike Tuchscheerer
Politik und Geschichte
Tel.: 030 88412-254
E-Mail: heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de



Seminar: Der Volksaufstand 1953 in der DDR

„Der Volksaufstand 1953 in der DDR“ - so lautet der Titel eines Seminars der Point Alpha Akademie im Schloss Geisa am Freitag und Samstag, 30. Juni/1. Juli. Referenten sind Prof. Dr. Hermann Wenker (Institut für Zeitgeschichte München/Berlin), Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv), Militärhistoriker Dr. Thorsten Diedrich (ehem. Mitarbeiter Militärgeschichtliches Forschungsamt) und Tim Keller (Point Alpha Stiftung).

Durch den großflächigen Streik von Werktätigen und politisch Unzufriedenen sah sich die SED-Führung mit der schwersten Krise seit Gründung der DDR konfrontiert. Im gesamten Land gingen die Menschen

für bessere Lebensbedingungen und politische Freiheiten auf die Straße. Nur mit Hilfe sowjetischer Truppen konnten sich Walter Ulbricht und seine Getreuen an der Macht halten. Trotz aller Versuche, die wahren Hintergründe für den Aufstand zu verschleiern, rezipierten die Menschen und die Presse jenseits der „Staatsgrenze West“, im westlichen „Zonenrandgebiet“, die Ereignisse in Ostdeutschland. Das Seminar beleuchtet die Bedeutung des Volksaufstandes im regionalen Kontext und nimmt sowohl die Ost- als auch die Westperspektive in den Blick – so zum Beispiel auch die hessische Gemeinde Rasdorf, unmittelbar hinter der Innerdeutschen Grenze. Abgerundet wird

das Programm mit einer informativen Führung durch die Gedenkstätte.

Ort: Point Alpha Akademie im Schloss Geisa, Tagungsraum Gangolfi-Saal, Schloss Geisa

Zeit: Freitag und Samstag, 30. Juni/1. Juli 2023

Tagungsgebühr inkl. Vollverpflegung: 70 Euro (EZ), 60 Euro (DZ), 40 Euro (ohne Übernachtung)

Anmeldungen sind ab sofort möglich.
Infos & Buchung: Nadine Hofmann,
Telefon 036967/5964271
E-Mail: akademie@pointalpha.com



Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Öffentliche Führungen

Sonntag, 02.07.2023, 11:00 Uhr

Montag, 03.07.2023, 14:00 Uhr

Montag, 10.07.2023, 14:00 Uhr

Montag, 17.07.2023, 14:00 Uhr

Montag, 24.07.2023, 14:00 Uhr

Montag, 31.07.2023, 14:00 Uhr

Ort

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
Bautzner Straße 112a
01099 Dresden
Internet: www.stasihaft-dresden.de

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen- Archiv – Außenstelle Rostock

Mittwoch, 05. Juli 2023, Bürgerberatung, 13.00 – 17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Mittwoch, 12. Juli 2023, 18.00 Uhr

Vortrag und Gespräch

Die Ostseewoche und die Stasi. Referent: Julian Dunz (Historiker)

01./02. Juli 2023: Mecklenburg-Vorpommern-Tag am Unterlagen-Archiv in Neubrandenburg

08. Juli 2023: Tag der Landesgeschichte in Ribnitz-Damgarten

Mittwoch, 02. August 2023, Bürgerberatung, 13.00 – 17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Dienstag, 29. August 2023, 18.00 Uhr

Unterdrückt-Zerbrochen-Widerstanden. Schicksale in Ostdeutschland 1945–1989
Zeitzeugengespräch mit Martina und Rüdiger Schmidt

Alle Veranstaltungen in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock

(Alle Veranstaltungen in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)



Verhaftet – Verschleppt – Vergessen

Dokumentationsstelle Dresden veröffentlicht neues Online-Portal zu Verurteilten sowjetischer Militärtribunale (SMT)

Die Namen Herbert Belter, Wolfgang Natonek und Arno Esch sind nicht wenigen zeithistorisch Interessierten inzwischen bekannt. Wer aber kennt Horst Leibring, Hermann Meise oder Charlotte Heyden? Leibring, wegen Hochverrats bereits vom nationalsozialistischen Volksgerichtshof verurteilt, studierte Jura an der Universität Leipzig und leistete im Umfeld des Untersuchungsausschusses freier Juristen Widerstand gegen die Sowjetisierung der Universitäten in der SBZ/DDR. Hermann Meise, ein Sozialdemokrat, überlebte mehrere NS-KZ und starb in der DDR-Haftanstalt Bautzen, weil er von Görlitz aus ein deutschlandweites Netzwerk mit früheren Weggefährten aus der SPD und den Gewerkschaften geknüpft hatte. Charlotte Heyden, Stadträtin in Görlitz, wurde als Mitglied einer liberalen Oppositionsgruppe verhaftet und in den GULAG verschleppt.

Die Genannten gehören zu einem Kreis von mehr als 160 Personen aus Sachsen, deren Verfolgung nun ein biografischer Geschichtsatlas ausgehend von ihrer letzten Wohnanschrift vor der Verhaftung unter der Internetadresse www.verurteiltundvergessen.de dokumentiert. Anders als die inspirierenden vergleichbaren Projekte „Stolpersteine“ (www.stolpersteine.eu) und „Die letzte Adresse“ (www.poslednyadres.ru, www.letztheadresse.de) handelt es sich um ein rein virtuelles Erinnerungs- und Informationsprojekt. Bis Ende 2023 wird es mit finanzieller Förderung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf insgesamt 400 Verfolgte aus ganz Deutschland ausgebaut. Einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt die Seite nicht.

Mit dem Projekt wird vor allem bislang weniger bekannten Menschen, die einst in unserer Nachbarschaft lebten, bis sie wegen ihrer kritischen Haltung zum kommunistischen Regime oder wegen oppositioneller Aktivitäten zwischen 1945 und 1955 abgeholt und verschleppt wurden, ein Gesicht gegeben. Außerdem soll es dazu anregen, die Geschichte des eigenen Geburts- oder Wohnortes in der Nachkriegszeit und in der frühen DDR zu erkunden und sich damit auseinanderzusetzen. Denn die zentrale Übersichtskarte macht deutlich: Nicht nur aus den größeren Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz wurden Kritiker und Gegner der Diktaturdurchsetzung abgeholt, sondern auch aus vielen Kleinstädten und Dörfern. Zugleich macht die Dokumentationsstelle mit der Online-Präsentation das von ihr zusammengetragene Wissen und Mate-

rial zu diesem Personenkreis allgemein zugänglich.

Die Quellen der bereitgestellten Informationen werden dabei in jedem Einzelfall belegt. Sie stammen überwiegend aus russischen und deutschen Archiven, aus Rehabilitierungsvorgängen, von Standesämtern, aus Veröffentlichungen, aus Selbstauskünften der Verurteilten sowie von Angehörigen.

Auf der Seite werden nur in der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR Verfolgte und von SMT Verurteilte vorgestellt, die von sowjetischen oder russischen Behörden rehabilitiert worden sind. Menschen, die das nationalsozialistische Unrechtssystem aktiv unterstützt haben, werden selbst bei erfolgter Rehabilitierung nicht präsentiert.

Nicht wenige Biografien auf der Seite enthalten bislang nur spärliche Informationen. Deshalb ist dies auch eine Einladung zum Mitmachen. Für Hinweise auf weitere Fälle, für Literaturhinweise sowie auf Dokumente, Fotografien oder Erlebnisberichte ist die Dokumentationsstelle Dresden sehr dankbar. Wenden Sie sich bitte über das Kontaktformular auf der Seite an uns oder per E-Mail an katharina.seidlitz@stsg.de

Erst durch Hinweise von Angehörigen konnte das bittere Los des Dresdner Pfarrers Dr. Hugo Hänsel und seines Sohnes Gottfried aufbereitet werden. Der evan-



Verhaftet – Verschleppt – Vergessen

Sowjetische Militärtribunale (SMT) fällten zwischen 1945 und 1955 Urteile gegen bis zu 40 000 deutsche Zivilisten.

Sie waren zuvor oft unter fadenscheinigen Begründungen abgeholt worden und danach in meist monatelanger Untersuchungshaft ohne Rechtsbeistand unmenschlichen Vernehmungen ausgesetzt.

Nach der Verurteilung kamen sie in sogenannte Speziallager, Sonderlager oder Besserungsarbeitslager. Etwa jeder Zehnte erhielt die Todesstrafe. Die Familienangehörigen warteten meist vergebens auf ein Lebenszeichen der spurlos Verschwundenen.

Mindestens ein Drittel der Verurteilten wurde seit 1991 als Opfer politischer Repressionen rehabilitiert. Zwar ist die Erinnerung an sie in den Familien lebendig geblieben, in der Öffentlichkeit sind die meisten heute jedoch vergessen.

Diese Seite vermittelt ausgehend von der letzten Wohnanschrift der Verschleppten Informationen über deren Verfolgung und über deren weiteres Schicksal.

Erkunden Sie unter diesem Blickwinkel Ihren Heimat- oder Wohnort und helfen Sie mit, Ihren einstigen Nachbarn ein Gesicht zu geben.

Gottfried Hänsel
Student der Volkswirtschaft
Urteil: 10 Jahre

Hermann Meise
Bauingenieur und Geschäftsführer
Urteil: 25 Jahre

Herbert Belter
Student an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig
Urteil: Todesstrafe

© Stiftung Sächsische Gedenkstätten

gelische Geistliche war nach einer Denunziation vermeintlich abfälliger Äußerungen über die Besatzungsmacht von einem Militärtribunal in Dresden verurteilt und später in die Speziallager Bautzen und Sachsenhausen verschleppt worden. Sein Sohn versuchte, den Verbleib seines Va-

ters über den Suchdienst der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) aufzuklären. Als Dr. Hugo Hänsel Anfang 1950 schwerkrank entlassen wurde, musste er erfahren, dass Gottfried wegen dieser Kontakte zur KgU selbst von einem SMT in Dresden verurteilt worden war. Im da-

rauffolgenden Jahr starb Gottfried Hänsel im Alter von 32 Jahren in der Strafanstalt Bautzen.

Dr. Bert Pampel

Leiter der Dokumentationsstelle Dresden in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

UOKG-Ausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ in Niedersächsischen Landtag

Nach jahrelanger Vorbereitung, und wegen der Corona-Pandemie, konnte nun am 08. Juni 2023 endlich die Wanderausstellung der UOKG „Mauern-Gitter-Stacheldraht“, welche zahlreiche Schicksale von Menschen zeigt, die in der SBZ und DDR politisch verfolgt, inhaftiert

und sogar ermordet wurden, im Niedersächsischen Landtag durch den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU, Sebastian Lechner, eröffnet werden. Den Einführungsvortrag hielt im Auftrag der UOKG Alexander W. Bauersfeld. Bedauerlicherweise hatte es die SPD-Landtags-

präsidentin, Hanna Naber, abgelehnt, die Ausstellung als Gast des gesamten Landtags zu präsentieren, deshalb hat dankenswerterweise die CDU-Fraktion ihre Räume dafür zur Verfügung gestellt.


Anton Odenthal

Neues Angebot der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Auf einer interaktiven Karte wurden die Orte vermerkt, an denen anlässlich des Jahrestages des Volksaufstands vom 17. Juni in der DDR Gedenkveranstaltungen,

Podiumsdiskussionen oder Ausstellungspräsentationen stattfanden. In der Karte sind auch jene Orte vermerkt, an denen unsere Ausstellung „17. Juni kompakt“

gezeigt wird. Die Karte wird laufend aktualisiert.

Unter **Schwerpunkt 17. Juni 1953** finden Sie ein Dossier, Veranstaltungen sowie Fotos: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/aufstand-protest> 

Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzsperrgebiet

Zu einem Erinnerungstag für die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzsperrgebiet an der innerdeutschen Grenze seit 1952 luden am 03. Juni 2023 das Grenzhus

Schlagsdorf, die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern in das Dorfgemeinschaftshaus Schlagsdorf ein. Mit einem Gedenken an die Opfer der brutalen Verfolgungsaktionen endete die Veranstaltung am Erinnerungsort für das geschleifte Dorf Lankow.

wurden verhaftet, eingeschüchert oder vertrieben.

Gleichzeitig war Stalins gesamtdeutsche Politik 1952 mit der Ablehnung der Stalin-Noten durch den Westen gescheitert. In Absprache mit der sowjetischen Regierung begann die SED daraufhin, das sowjetische Gesellschaftsmodell mit aller Gewalt auf Ostdeutschland zu übertragen. In dieser Politik hatten die individuellen Grundrechte der Menschen völlig ihre Bedeutung verloren. Ziel war die Umformung der Gesellschaft, die Unterdrückung und Beseitigung aller politischen Gegner. Nach sowjetischem Vorbild verkündete die SED-Führung den Aufbau einer Schwerindustrie, die Stärkung der militärischen Verteidigungsbereitschaft und die Beseitigung von Privateigentum in der Wirtschaft.

Neben den Folgen der Sowjetisierungspolitik der DDR seit 1952 gehörten Repressionsmaßnahmen wie die Zwangsaussiedlungen und die „Aktion Rose“ zu den Ursachen für den Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Als im Mai 1952 die SED-Führung an der innerdeutschen Grenze das Grenzsperrgebiet einrichtete, mussten mehrere tausend Menschen Haus und Hof verlassen. Sie wurden in das Innere der DDR transportiert und mussten dort unter oft sehr widrigen Bedingungen ein neues Leben beginnen. In der „Aktion Rose“ im Frühjahr 1952 an der Ostseeküste verloren über 400 Inhaftierte ihr Eigentum. Bauern wurden enteignet und die Familien umgesiedelt, Kirchenmitglieder verhaftet und ihre Kinder von den Schulen relegiert. Andersdenkende

Burkhard Bley
Stellvertretender Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
Bleicherufer 7
19053 Schwerin
Tel. 0385 734006
Internet www.landesbeauftragter.de



Foto: Burkhard Bley

Gedenkstein Lankow

Karl-Wilhelm-Fricke-Preis 2023 der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Am 15. Juni 2023 fand die Festveranstaltung statt. Die Preisverleihung findet jährlich im Umfeld des 17. Juni statt. In diesem Jahr jährte sich der Volksaufstand zum 70. Mal. Grund und Anlass genug, mit der Preisverleihung auch an die vielen Menschen zu erinnern, die damals mutig in der gesamten DDR ihren Protest gegen die kommunistische Herrschaft auf die Straßen trugen und das Ende der SED-Herrschaft, freie Wahlen und die Einheit Deutschlands forderten.

Der Hauptpreis des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises ging in diesem Jahr an die Lagergemeinschaft Workuta/Gulag Sowjetunion. Die Verleihung der mit 20.000 Euro dotierten Auszeichnung soll die jahrzehntelange herausragende Aufklärungsarbeit über die Verbrechen

des Kommunismus sowie das Engagement gegen politischen Extremismus und für den Schutz der rechtsstaatlichen Demokratie honorieren.


Der Sonderpreis wurde 2023 an die Journalistin Doris Liebermann vergeben. Ihre Arbeit brachte die Lebensrealität von Dissidenten und von künstlerischen, oppositionellen Milieus in den kommunistischen Diktaturen Osteuropas und der DDR in den Fokus der Öffentlichkeit.

In der Kategorie Nachwuchspreis zeichnete die Jury in diesem Jahr die beiden Journalistinnen Minh Thu Tran und Vanessa Vu aus, die mit ihrem Podcast „Rice and Shine“ unter anderem das Schicksal der vietnamesischen Vertragsarbeiter in der DDR beleuchteten und zum gegensei-

tigen Verständnis in einer multikulturellen Gesellschaft beitragen.

Der Jury des Preises unter der Leitung der ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler gehören neben Altbundespräsident Horst Köhler die russische Menschenrechtlerin Irina Scherbakova, der Schriftsteller Marko Martin, der Preisspender Burkhard Veigel und die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky an.

Informationen zur Preisverleihung finden Sie auch unter:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/sites/default/files/uploads/files/2023-05/EK%20KWF-Preis%202023-final.pdf> 

Gegen das Vergessen

Die Altentreptower Stadtvertreterin Silva Keitsch brachte am 21. März 2023 einen Antrag ein, um die Aktion: LETZTE ADRESSE der Friedensnobelpreisträgerorganisation Memorial in ihrer Heimatstadt zu etablieren, um so an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu erinnern. Dieser Antrag scheiterte eindeutig in der Stadtvertretung.

Zur Stadtvertreterversammlung am 06. Juni 2023 brachte die CDU-Stadtvertreterin einen erneuten Antrag ein, um mit der Aktion LETZTE ADRESSE auch an den 70.

Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zu erinnern. Gleichzeitig beantragte Frau Keitsch, Rederecht für André Rohloff (stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern). Dieser warb für die Aktion: LETZTE ADRESSE, wobei kein(e) Stadtvertreter Nachfragen hatte(n).

Die Aktion LETZTE ADRESSE als Zeichen für den 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zu sehen wurde scheinbar durch die Altentreptower Stadtvertre-

terung nicht geteilt. Der Antrag wurde mit 2 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt. Der Wortmeldung des Stadtvertreter Herr Renger konnte man entnehmen, dass er nach der Stadtvertreterversammlung im März 2023 nun auch begonnen hat Nachforschungen zu der Thematik anzustellen, diese fortgesetzt werden und wir in einem Jahr Ergebnisse erwarten dürfen. Die Opfer der kommunistischen Diktatur müssen weiterkämpfen, um gegen das Vergessen ihres Leids zu erinnern und eine Würdigung zu erhalten? Werden sie bewusst vergessen und mit fadenscheinigen Aussagen hingehalten?

André Rohloff und Silvio Blum


Diskussion um Gedenkort Neubrandenburg

Verspielt die Politik in Mecklenburg-Vorpommern eine Chance zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR? Wenn man die Diskussion über den letzten Stasi-Knast-Neubau, der in Neubrandenburg steht, betrachtet, spricht vieles dafür.

Zur Erinnerung: Nachdem die ehemaligen Untersuchungsgefängnisse der MfS-Bezirksverwaltungen in Schwerin und Rostock mit erheblichem finanziellen Aufwand saniert und zu Gedenkstätten und Lernorten umgestaltet wurden, entzog die oberste Denkmalschutzbehörde

Mecklenburg-Vorpommern dem Stasi-Knast in der ehemaligen Bezirkshauptstadt Neubrandenburg in einem Gutachten jeglichen historischen Wert. Damit wäre der Weg frei für einen Abriss des Gebäudes gewesen. Immerhin gelang es ehemaligen politischen Insassen des Neubrandenburger Stasi-Knastes, organisiert in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS), das einzigartige bauliche Ensemble der vier Wachtürme und die Mauer unter Denkmalschutz stellen zu lassen. Aufgabe der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher wäre es aus unserer Sicht

nun gewesen, den gewünschten und geplanten Denkort als Projekt im politischen Schwerin voranzutreiben. Doch sie schweigt, so unsere Wahrnehmung.

Unterstützung kam vom DDR-Bürgerrechtler und Historiker Dr. Christian Halbrock, der den bauhistorischen Wert des Gebäudes herausarbeitete und ein mehrjähriges Moratorium anregte. Dies scheint auch dringend nötig, denn auch aus der Stadtverwaltung Neubrandenburg kommen kaum Impulse, das Haus als Gedenkort zu erhalten. Es gibt immer noch kein Konzept zum weiteren Umgang 

mit diesem Areal. Die Vertreter des VOS e.V. bieten seit langem und wiederholt ihre Unterstützung an, wurden aber in der Vergangenheit häufig im Regen stehen gelassen. So zum Beispiel am Gedenktag zum DDR-Volksaufstand am 17. Juni 2016, als die VOS die Presse vor Ort informierte. Vertreter der Stadt zeigten dagegen kein Interesse.

Das Interesse der Neubrandenburger Bevölkerung an diesem Ort ist offenbar ganz anders als das der Vertreter der Stadt. Das zeigte sich beispielsweise im Jahr 2022, als das ehemalige MfS-Gefängnis für einen Tag der Öffentlichkeit zugänglich ge-

macht wurde. Der Andrang von Tausenden Besuchern war nicht zu bewältigen. Immerhin, langsam scheint sich der „politische Wind“ zu drehen: Die VOS wurde zum Festkonzert in Neubrandenburg am Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober 2022 erstmalig durch die Stadt Neubrandenburg eingeladen. Nun muss endlich der entscheidende Schritt folgen!

Seit 1990 gibt es in der ehemaligen Bezirkshauptstadt Neubrandenburg keinen Gedenk- und Lernort zur SED-Diktatur. Ein neues Wohngebiet, in dem das ehemalige MfS-Gefängnis als historischer Kern eingebettet würde, wäre eine ar-

chitektonische Herausforderung. Es wäre auch machbar, so unsere Meinung, und es wäre auch ein Alleinstellungsmerkmal für Neubrandenburg. Möchte die Stadt Neubrandenburg sich ihrer Verantwortung zur Gestaltung des Areals jetzt vollends dadurch entziehen, indem gegenwärtig über die Hochschule Neubrandenburg einzig eine Digitalisierung des Gedenkortes vorgenommen wird?


Dr. Fred Mrotzek
Landesvorsitzender der Vereinigung
der Opfer des Stalinismus e.V.
im Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

DDR-Volksaufstand von 1953 nur unzureichend in der Erinnerungskultur verankert

Umfrage der Bundesstiftung Aufarbeitung zeigt Wissensdefizite bei jüngeren Menschen. Jeder zweite Ostdeutsche und vier von zehn Westdeutschen verbinden mit dem Datum 17. Juni 1953 spontan den DDR-Volksaufstand, so eine Forsa-Umfrage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. „Auf den ersten Blick ist das ein erfreuliches Ergebnis, schließlich ist niemand verpflichtet, sich für Geschichte zu interessieren“, so die Direktorin der Bundesstiftung Dr. Anna Kaminsky. Wenn allerdings nur jeder siebte Befragte im Al-

ter zwischen 14 und 29 mit dem Datum etwas anzufangen wisse, dann sei „der 17. Juni noch nicht ausreichend in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur verankert.“ Hoffnung mache ihr, dass „drei Viertel der Befragten die Ereignisse vor 70 Jahren als wichtig oder sehr wichtig für die deutsche Demokratiegeschichte einschätzen“. Der Blick auf den 17. Juni sei allerdings nach wie vor zu sehr auf Berlin fixiert. Sieben von zehn befragten Ostdeutschen konnten nicht sagen, ob der Aufstand vor 70 Jahren ihre Stadt oder Gemeinde erfasst hatte.

„Hier muss man ansetzen“, so Kaminsky: „Wir müssen die „große Geschichte“ auf die Lebenswelten der Menschen herunterbrechen, wenn wir ein Bewusstsein für den demokratischen Widerstand gegen die kommunistische Diktatur stiften wollen.“

Die ausführlichen Ergebnisse der Umfrage finden Sie hier: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/aktuelles/ddr-volksaufstand-von-1953-nur-unzureichend-der-erinnerungskultur-verankert> 

Neues zum 17. Juni 1953 im Brigitte-Reimann-Haus

Am 09.07.2023 veranstaltete das Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg in Zusammenarbeit mit der Stadt einen Fachvortrag im Brigitte-Reimann-Haus. Das Thema der „Aufstand vom 17.07.1953“ aus Sicht von Ost und West. Geleitet wurde diese sehr gut besuchte Veranstaltung, wo leider nicht jeder einen Sitzplatz bekommen konnte, durch Herrn Köllner, Leiter des Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg. Er begrüßte den Redner und Autor Dr. Ronny Heidenreich, die anwesenden Gäste und Politiker der CDU, SPD, Linke und den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) e.V. / Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. André Rohloff.

Zu Beginn der Veranstaltung untermalte eine sehr talentierte Schülerin der Musikschule Neubrandenburg die Veranstaltung mit drei Musikstücken und stellte ihr

Talent meisterhaft dar. Es folgte ein für mich sehr interessanter und emotionaler Fachvortrag „Der 17. Juni 1953“ von Dr. Ronny Heidenreich, Historiker, Autor und seit 2021 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Vermittlung und Forschung des Stasiunterlagen-Archivs/Bundesarchiv und Mitarbeiter in der Editionsgruppe für die Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit. Dr. Heidenreich stellte in seinem Vortrag seine historischen und wissenschaftlichen Aufarbeitungen und Forschungen zum Thema „17. Juni 1953“ vor.

Im Anschluss zeigte sich in der Diskussionsrunde, wie emotional und aktuell dieses Thema noch immer in den Menschen polarisiert. Umso wichtiger erscheint mir persönlich die weitere Aufarbeitung und historische wissenschaftliche Forschung, wenn man die teils sehr bewegenden und

von Gewalt und Leid geprägten Geschichten von Betroffenen und deren Nachfahren hört.

Neubrandenburg spielte in Bezug auf den 17. Juni 1953 eine untergeordnete Rolle, jedoch in der historischen Verantwortung der SED-Verbrechen war sie mittragend. Dies zeigt die aktuell immer noch hitzig diskutierte Auseinandersetzung am Beispiel im Umgang mit der Untersuchungshaftanstalt des MfS (Stasigefängnis) in Neubrandenburg. Ich hätte mir gewünscht, dass der Oberbürgermeister Neubrandenburgs, Silvio Witt, als Gast oder Redner bei dieser brisanten Veranstaltung anwesend gewesen wäre. Leider war das nicht der Fall und ich frage mich, ob dies die Einstellung zur historischen Aufarbeitung und Gedenkarbeit in Neubrandenburg zeigt.

Silvio Blum

Auf uns können Sie sich weiter verlassen!

„Auf die Freien Wähler können sich die Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und Aussiedler auch in Zukunft verlassen. Wie in der zu Ende gehenden Legislaturperiode werden wir die Landsmannschaften in ihrem Bestreben, das Kulturgut zu sichern, die wertvolle Brückenbauarbeit zu unseren Nachbarn zu intensivieren und ihre Positionen nach weltweiter Ächtung von Vertreibungen auch weiterhin unterstützen.“ Diese Zusicherung erfuhren die Mitglieder des geschäftsführenden BdV-Landesvorstandes und die Vorsitzenden der 15 in Bayern vertretenen Landsmannschaften Mitte Mai bei einem Parlamentarischen Abend mit der Landtagsfraktion der Freien Wähler, von deren Vertriebenenpolitischen Sprecher, Bernhard Pohl. Der Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, Tobias Gotthardt, sicherte weiter zu, sich dafür einzusetzen, dass die Geschichte der Heimatvertriebenen wieder einen stärkeren Platz im Unterricht der Schulen findet.

BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer hatte in seinem Eingangsstatement der FW-Fraktion für die Unterstützung der Anliegen des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften gedankt. Was die Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern in dieser Wahlperiode auf den Weg gebracht hätte, sei beispiellos in der Bundesrepublik. Die Gründung der Kulturzentren für die Deutschen aus Russland, die Banater Schwaben, die Siebenbürger Sachsen und die Donauschwaben und deren auf Dauer ausgelegte institutionelle Förderung hätten maßgeblich dazu beigetragen, das aus den Heimatgebieten gerettete Kulturgut zu bewahren und zu sichern. Es sei erfreulich, dass durch die vom Land zusätzlich zur Verfügung gestellten Projektmittel nicht nur innerhalb der weiß-blauen Grenzen heimatliches Lied- und Literaturgut gepflegt sowie Geschichte und Brauchtum vermittelt werden könnten. Vielmehr sei es ermöglicht worden, den Austausch mit den heute in den Heimatgebieten lebenden Menschen zu intensivieren. Dankbar sei man für die Kontinuität der Mittelbereitstellungen, da man so nur langfristig planen und nachhaltig arbeiten könne. Mit Sorge blicke man beim BdV und den Landsmannschaften derzeit auf erste negative Prozesse beim Bund. Während man sich im SPD-geführten Bundesinnenministerium um Kontinuität in der Vertriebenenpolitik bemühe, habe man im Verantwortungsbereich der Beauftragten der Bundesregierung für

Kultur und Medien, Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), erste Kürzungen bei Projektmitteln hinnehmen müssen. Dies habe bereits zu schmerzlichen Absagen bilateraler Begegnungsveranstaltungen geführt, berichtete der Landesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Steffen Hörstler. Er dankte der Regierungskoalition für die vorbildliche Einhaltung der Patenschaftsverpflichtungen gegenüber seiner Volksgruppe. Mit dem Bau

burg stattgefundenen bayerisch-tschechischen Kabinettsitzung den Beitrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum Ausgleich mit dem Nachbarland hervor. „Wir sind auf einem guten Weg, neue Brücken zwischen Bayern und Böhmen, aber auch Richtung Schlesien zu schlagen. Speziell das Verhältnis zwischen Bayern und Tschechien ist vorbildlich“, meinte Ausschussvorsitzender Tobias Gotthardt. Dennoch müsse daran erinnert



des Sudetendeutschen Museums sei ein neues Juwel in der bayerischen Museumslandschaft entstanden. Zufrieden mit der Entwicklung beim „Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, zeigte sich auch der Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Christoph Stabe. Die in Mittelfranken seit 1981 im ehemaligen Deutschordensschloss tätige Einrichtung zur Bewahrung und Pflege des ostpreußischen Kulturerbes beherbergt Ausstellungen, Archive, eine Galerie und betreibt erfolgreich ein Museum. Die Ehrenvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, Herta Daniel, sowie die Landesvorsitzenden der Siebenbürger Sachsen, Werner Kloos, und der Banater Schwaben, Harald Schlapansky, nutzten die Gelegenheit, eindringlich auf die ungelöste Rentenproblematik für Spätaussiedler hinzuweisen. Deren in den Neunzigerjahren mehrfach vorgenommene Deckelung müsse schrittweise, wie bei der Anpassung der sogenannten „Ostrenten“, abgebaut werden. Hierfür zeigten sich die FW-Vertreter zwar durchaus aufgeschlossen, fürchten aber, dass es unter den Bundespolitikern nicht viele geben würde, die diese verständliche Position „ehrlichen Herzens“ stützen würden.

Tobias Gotthardt und Bernhard Pohl haben angesichts der tags zuvor in Regens-

werden, welche traumatische Erfahrung die Zwangsumsiedlung für diese Menschen gewesen sei. „Sie haben ihre Heimat sowie ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Kurzum: Sie waren völlig entwurzelt, als sie hier ankamen“, so der FW-Politiker. Mit der bayerischen Vertretung in Prag und dem deutsch-tschechischen Begegnungszentrum in Gablonz hätte man die gemeinsame jahrhundertealte Kultur weiter gefestigt und wirtschaftliche Anker in Böhmen geworfen, meinte ergänzend dessen Kollege Bernhard Pohl. „Sollten wir in der nächsten Legislaturperiode erneut in der Regierungsverantwortung sein und das Kultusministerium stellen, werden wir uns noch intensiver darum bemühen, dass die deutsche Sprache in Tschechien gelehrt wird“, versprach Pohl. Dies würde dem Wunsch vieler dort lebender Menschen entsprechen. Das Geheimnis für die gute Vertriebenenpolitik im Bayerischen Landtag führte Bernhard Pohl auch auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vertriebenenpolitischen Sprechern von CSU und SPD, Josef Zellmeier und Volkmar Halbleib, zurück. Es liege nunmehr auch an den Landsleuten dafür zu sorgen, dass dieses gute Trio auch weiterhin erfolgreich für sie arbeiten könne.

Text und Bild:
Susanne Marb/BdV

Bericht zum Aufbau der Gedenkstätte Hoheneck

Erstmals in diesem Jahr fand am 15. Mai 2023 eine Informationsveranstaltung zum Stand des Auf- und Ausbaus der Gedenkstätte Hoheneck statt. Eingeladen haben die Stadtverwaltung, der Oberbürgermeister Marcel Schmidt, Prof. Stefan Appelius und Elke Kühns vom Interimsbüro Gedenkstätte Hoheneck.

Im Bistro der Phänomenia, dem ehemaligen Speisesaal des Frauengefängnisses, begrüßte Prof. Stefan Appelius die Teilnehmer vor Ort und per Videokonferenz. Anwesend waren Vertreter der Opferverbände, UOKG e.V., das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“, der „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V.“ und ehemalige Inhaftierte. Zusätzlich waren die Sächsische Landesbeauftragte Dr. Nancy Aris mit ihrer Stellvertreterin Teresa Tammer, die Leiterin des Stasi-Unterlagen-Archivs Dr. Annette Zehnter sowie der Pfarrer für die Kulturhauptstadt Chemnitz Holger Bartsch vor Ort. Per Videokonferenz waren zahlreiche Teilnehmer aus Institutionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ehemalige inhaftierte Hoheneckerinnen zugeschaltet.

Eingangs thematisierte Prof. Appelius die „Toten von Hoheneck“ anhand zweier eindrücklicher Geschichten. So kamen zwei Frauen nicht direkt im Gefängnis zu Tode, sondern verstarben nach ihrer Verlegung nach Karl-Marx-Stadt bzw. ihrer Entlassung in die Psychiatrie Rodewisch. Es kam die Frage auf, inwieweit der Todesort erweitert werden sollte. Prof.

Appelius befragte hier die ehemaligen Insassinnen, und es wurde sich darauf geeinigt, dass diese Todesfälle eine direkte Folge der Haft sind und diese Einzelgeschichten entweder in der Station „Totengedenken“ oder in der „Kalenderblattfunktion“ aufgeführt werden sollen.

Als Oberbürgermeister Marcel Schmidt hinzukam, wurde die wichtige Frage nach der Eröffnung der Gedenkstätte gestellt. Seine Antwort war klar – nicht in diesem Jahr. Die Bauarbeiten werden noch bis September 2023 andauern und erst dann kann die mit der Gestaltung beauftragte Firma KOCMOC loslegen. Doch ein Datum für 2024 steht fest: der 16. Februar 2024. Ein historischer Tag. Am 16. Februar 1950 kamen 1119 Frauen und 33 Kinder aus dem ehemaligen KZ Sachsenhausen nach einem tagelangen Transport geschwächt und ausgemergelt im Frauengefängnis Hoheneck an. Ein ganz besonderer Tag für Annemarie Krause, die diesen Transport 1950 erleben musste und nach der heutigen Informationsveranstaltung dem Tag der Eröffnung mit Freude entgegenseht.

Wie in unserem letzten Bericht bereits ausgeführt, ist uns die Frage der kontinuierlichen Mitbestimmung bei der Gestaltung der Gedenkstätte nach ihrer Eröffnung durch ehemalige Hoheneckerinnen sehr wichtig. Dies wurde vom Oberbürgermeister positiv bestätigt. Es soll eine offene Plattform und zusätzlich ein strukturiertes Gremium, welches die Zusammenarbeit unter Beteiligung der

Betroffenen bündelt, geben. Auch nach der Eröffnung wird sich die Gedenkstätte dauerhaft mit der geschichtlichen Forschung befassen und immer wieder Ergänzungen vornehmen. Die Gründung einer gGmbH steht noch aus. Die Stadt Stollberg als Eigentümer und die Gedenkstätte werden als Betreiber fungieren. Prof. Appelius wurde vom Stadtrat Stollberg als zukünftiger Gedenkstättenleiter bestätigt.

Anschließend führte Prof. Appelius die Anwesenden in einem sehr eindrücklichen Rundgang durch die zukünftigen Räume der Dauerausstellung. Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse sind die Bauarbeiten solide vorangegangen. Der Fahrstuhl ist eingebaut und funktionsstüchtig von der vierten Etage bis zum Keller.

Offene Fragen gibt es laut Prof. Appelius zu folgenden Themenbereichen, und wir bitten hier um Ihre Unterstützung:

- Für die Jugendabteilung werden noch Zeitzeuginnen für den Zeitraum von 1965 – 1976 gesucht. Es ist zwar bekannt, dass durch Überbelegung und einhergehende katastrophale Verhältnisse die Haft in der Jugendabteilung in Hoheneck wohl noch schlimmer war als in den Jugendwerkhöfen und Jugendarbeitshäusern der DDR, eine Tiefenforschung steht aber noch aus.
- Ebenso sucht Prof. Appelius noch Zeitzeuginnen, die aufgrund kirchlicher Betätigung nach Paragraph 106 verurteilt und inhaftiert wurden, ausgenommen sind hier die Zeugen Jehovas.
- Das Zellenhaus ist ein „Sorgenkind“. Zur Eröffnung wird das Zellenhaus leider nur zu einem kleinen Teil begehbar sein. Die Zellentüren werden wieder mit den Originalschlössern versehen. Auch die Zellennummern werden wieder angebracht, sodass jede Betroffene „ihre Zelle“ wiederfinden kann. Die Fußböden, Wände und Treppengeländer werden authentisch rekonstruiert.

An dieser Stelle möchten wir auf die bisherigen Artikel zum Auf- und Ausbau der Gedenkstätte im Stacheldraht Nr. 3/22, S.10; Nr. 8/22, S.14 und Nr. 1/23, S.15 verweisen.

Sandra Czech, Konstanze Helber,
Karin Leberwurst



Foto: © UOKG 2023


Staatsbürgerpreis 2023 für den rumänischen Präsidenten

Die Staatsbürgerliche Stiftung verleiht dem Präsidenten von Rumänien, Klaus Werner Iohannis, am 03. Juni den deutschen Staatsbürgerpreis 2023. Wie ist die Verleihung des Preises begründet?

Präsident Iohannis ist eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Sein ganzes

politisches Wirken, sei es als Bürgermeister von Hermannstadt oder auch als Präsident von Rumänien ist vom Brückenbauen geprägt. In seiner Heimatstadt hat er sich für das fruchtbare Zusammenleben der dortigen Ethnien eingesetzt; dabei das historische Erbe von Hermannstadt mit der Moderne ver-

bunden. Als Präsident lag und liegt ihm besonders die Versöhnung an Herzen. Die Aufarbeitung des kommunistischen Regimes ist in seinen Augen ohne eine Versöhnung von Tätern und Opfern unvollständig. Und schließlich ist er überzeugter Demokrat, der sich nicht scheut, Farbe zu zeigen und mit den Bürgern auf die Straße zu gehen, wo er die Demokratie bedroht sieht.

Mehr Informationen unter: <https://www.staatsbuergelichestiftung.de/> 

Der Arbeiteraufstand in Plovdiv im Mai 1953

Während derzeit in der gesamten Bundesrepublik viele Veranstaltungen zum Gedenken an den Arbeiteraufstand in der DDR am 17. Juni 1953 stattfinden, werden sowohl in Bulgarien als auch in Deutschland keine Gedenkveranstaltungen abgehalten, die an den ersten Arbeiterstreik innerhalb der Grenzen des ehemaligen Ostblocks erinnern.

Wenige Wochen vor den Arbeiteraufständen in der DDR fand in der zweitgrößten Stadt Bulgariens, Plovdiv, ein Arbeiteraufstand statt. Nach dem Tod von Joseph Stalin am 05. März 1953 und der damit verbundenen Hoffnung auf eine Änderung der politischen Verhältnisse beschlossen die Tabakarbeiter in Plovdiv, ihren Arbeitsplatz zu bestreiken. Seit Beginn der sozialistischen Ära in Bulgarien hatte die Tabakindustrie einen drastischen Wandel erlebt. Die früheren Eigentümer der Tabakfabriken wurden enteignet und die traditionellen Gewerkschaften der Tabakindustrie aufgelöst. Die 81 bulgarischen Tabakhandelsunternehmen wurden 1947 zu einem Tabakunternehmen mit über 30.000 Mitarbeitern zusammengeführt. Damit einher ging auch die Einführung befristeter Arbeitsverträge für die Dauer einer Tabaksaison. Nach Abschluss der Saison wurden sogenannte „jährliche Freistellungslisten“ erstellt, in denen die Namen der Arbeiter veröffentlicht wurden, die bis zur nächsten Tabaksaison freigestellt wurden. Während dieser Zeit erhielten die Betroffenen keine finanzielle Unterstützung zum Lebensunterhalt.

Die Tabakindustrie war der letzte Sektor in der bulgarischen Planwirtschaft, in dem auch ohne Parteimitgliedschaft Einstellungen vorgenommen wurden, da es dort einen Personalmangel gab. In den Tabakfabriken wurden verfolgte

Minderheiten wie Christen und Muslime sowie sogenannte „ehemalige Personen“ eingestellt, ein Begriff für ehemalige Gewerkschafter aus der Zeit vor der sozialistischen Ära.

Als die Werksleitung im Frühjahr 1953 die neuen Freistellungslisten veröffentlichte, nutzten einige „ehemalige Personen“ dies als Anlass, einen Brief an den bulgarischen Premierminister Walko Weljov Tschewrenkov zu schreiben. Darin forderten sie eine ganzjährige Beschäftigung. Falls den Forderungen nicht nachgekommen würde, kündigten sie einen unbefristeten Streik Anfang Mai an. Offenbar reagierten weder Tschewrenkov noch die örtliche Parteileitung auf die Streikankündigung.

Am 04. Mai 1953 legten zunächst 200 Arbeiter der Tabakfabrik in Plovdiv ihre Arbeit nieder. Anschließend fand eine Kundgebung im Innenhof von drei Lagerhallen der Fabrik statt. Dort wurden neben der Forderung nach ganzjähriger Beschäftigung auch höhere Löhne und eine Fünftage-Arbeitswoche gefordert. Die Nachricht vom Streik verbreitete sich schnell.

Um die Tabakfabrik herum versammelten sich hunderte Menschen, um sich mit den Streikenden zu solidarisieren. Im Innenhof zwischen den Lagerhallen wurde ein kleines Podium aufgebaut, auf dem die Forderungen der Streikenden verlesen wurden. Laut Markov gelang es einer Abordnung der örtlichen kommunistischen Partei unbemerkt, in den Innenhof zu gelangen, um eine Ansprache an die Streikenden zu halten. Als der ehemalige Tabakarbeiter und damalige Innenminister Anton Yugoff das Podium betrat, wurden Steine nach ihm geworfen. Der örtliche Vorsitzende der kommunistischen

Partei Ivan Pramov kam Yugoff zur Hilfe. Die Miliz feuerte erstmals in die Luft. Auch bei dem folgenden Redner Stanko Todorov kam es zu den gleichen Reaktionen wie bei seinem Vorredner. Die Streikenden schimpften lautstark und warfen erneut Steine auf das Podium. Daraufhin gab Pramov den Befehl zum Schießen. Die Miliz gehorchte Pramov. Nach Boeva wurden 3 Streikende getötet, 50 verwundet und hunderte verhaftet.

Laut einer Aktennotiz (6631) der CIA vom 26.06.1953 berichtete Radio Belgrad am 16.05.1953 über den Streik der Tabakarbeiter in Plovdiv und betonte, dass keine Schusswaffen eingesetzt wurden. Borislav Skotchev, Autor der Chronik „Belene 1944–1987“, ist der Meinung, dass es definitiv einen Streik gegeben hat, aber dass er nicht die Ausmaße hatte, wie von Markov beschrieben. Andernfalls hätte der bulgarische Staatssicherheitsapparat anders reagiert. Markov begann seine Recherchen zu den Ereignissen in Plovdiv nach dem Ende der kommunistischen Ära in Bulgarien. Er verstarb am 28. Mai 1993.

Markov schrieb damals, dass die Aufarbeitung der Ereignisse von Mai 1953 in Plovdiv bewusst von den heutigen Lokalhistorikern und Lokalpolitikern vermieden werden. Es sollte deshalb Aufgabe einer gemeinsamen europäischen Geschichtsschreibung sein, die Streiks von 1953 in Plovdiv aufzuarbeiten, um Erkenntnisse für zukünftige Generationen zu bewahren und den Opfern der Streiks zu gedenken.

Ich danke Borislav Skotchev und Lilia Topuzova herzlichst für ihre Unterstützung zu diesem Artikel.

Ulf Georgiew

„Eisige Zone“ – Warum Zeitgeschichte so lesenswert sein kann!

Im Jahre 2021 nahm ich die Gelegenheit wahr, ein Manuskript zu lesen, das mich sogleich elektrisierte. Denn selten hatte ich bis dahin etwas derart Anschauliches gelesen, wie in einem DDR-Menschen langsam aber sicher Zweifel an einem alles beherrschenden Dogma, Sozialismus genannt, nagen können – bis zum Entschluss zur Flucht aus dem System, wofür sich der Autor und seine Ehefrau entschieden.

„Eisige Zone“ sollte das Werk heißen. Angefüllt mit Erlebnissen, Beobachtungen und Ereignissen aus zwei Diktaturen – vom Kriegsende über die SBZ bis zur DDR. Es wäre sicher wert, daraus ein gedrucktes Buch zu machen, fand ich. So erlaubte mir der „stacheldraht“ unter der Überschrift „Zeitgeschichte kann spannend sein“, Betrachtungen zu einem Buch „das es noch gar nicht gibt“ anzustellen (Ausgabe 9/2021). Eine Empfehlung, die nicht ungehört blieb.

Frau Margarita Stein, Leiterin des Osteuropa Zentrum Berlin-Verlages (OEZB), war meine Rezension aufgefallen. Und sie interessierte sich nicht nur für das vielschichtige Buch-Projekt, sondern entschloss sich auch, „Eisige Zone“ in ihr Verlagsprogramm aufzunehmen. OEZB hat sich seit 2007 als Plattform zu Themen der Zeitgeschichte und Politik in den Staaten Ost- und Südosteuropas sowie zur deutschen Nachkriegsgeschichte einen Namen gemacht.

Jetzt liegt das Buch voller lebensnaher Geschichten erfreulicherweise vor. 600 Seiten stark. Zum Schmökern einladend. Doch wer vermutet, der Lesestoff reiche vielleicht für einige entspannende Leseabende, sieht sich getäuscht. Denn das

Buch hält teilweise Geschichten bereit, das man neuhochdeutsch als „hardcore“ bezeichnen kann. Da ist entschleunigtes Lesen ratsam.

Schon die ersten fünf Geschichten haben es in sich: Sie sind einfach haarsträubend. Wer vernimmt, wie die zwei kleinen Kinder des Ehepaares, das gerade verhaftet wird, im wahrsten Sinne aus den Armen der Mutter gerissen werden, kann nur mit Empörung reagieren. Doch hat der Autor an dieser Stelle listigerweise eine „Emotionsbremse“ eingebaut: Er eröffnet hier einen zweiten Erzählstrang, mit dem die persönliche Entwicklung des Protagonisten von einer Reihe immer neuer Storys begleitet wird. Vom Aufwachsen in der erzgebirgischen Provinz über die Leiden der Nachkriegszeit bis zum Erwachsenwerden mit Familie und Beruf. Im ständigen Wechsel zu diesem familiär bestimmten Erzählstrang wird die erste, mit der Verhaftung oben angedeutete Geschichte, fortgesetzt: Der Leser findet sich damit mitten in der Stasi-Untersuchungshaft (in Berlin-Hohenschönhausen) wieder: Und die ist „toxisches Gebiet“. Denn hier entscheiden die Vernehmer mit ihren Fragetricks, falschen Versprechungen und Täuschungen, wie hoch das Urteil des Ehepaares, das sich eigentlich nur wegen versuchter Flucht zu verantworten hat, getrieben werden kann. Und sie geben sich alle Mühe. Dass die Beschuldigten ihre Fluchtabsichten zugeben, das reicht den Mfs-Bütteln nicht für einen „umfassenden Geständnis-Erfolg“. Da muss mehr herausgekitzelt werden: Spionage etwa, Sabotage, staatsfeindliche Hetze, Verbindungsaufnahme zu antisozialistischen Organisationen und Menschenhändlerbanden... Immer neue Verdächtigungen und Aufforderungen zu gestehen,

prasseln auf das Ehepaar, speziell den Autor, nieder. Dazu, und das ist aus Sicht der Stasi das Schlimmste, bekennen sich beide unbeirrt zu einem freien, selbstbestimmten Leben, jenseits aller Zwänge, die beide aus der DDR zur Genüge kennen. Nichts aber kann dem Paar „angehängt“ werden!

Stattdessen sinnt das Vernehmerteam auf Rache und stempelt speziell den Autor zu einem Schädling, der als „ideologisch extrem feindlich“ zu betrachten und zu behandeln ist. Das eröffnet genug Strafermessensraum für den Richter. Davon erfährt der Protagonist keine Silbe. Erst die Gauck-Akten klären auf. Was sie nicht erklären, sind die rätselhaften Vorgänge um die eingangs genannten, geraubten Kinder. Sie lasten über der gesamten mehrjährigen Haftzeit und lösen sich auch nicht auf mit dem Freikauf der Eltern. Die verantwortliche Stasi hält die anfangs zugesagte Übergabe an die Eltern in ständiger Schwebe. Kinderheim – Zwangsadoption – Pflege bei Pflegeeltern – mögliche erneute Wegnahme – viel Unentschiedenes strapaziert die Nerven aller Beteiligten. Als eine Übergabe nach einem halben Jahr Wartens plötzlich möglich wird und er pünktlich an der Staatsgrenze bereitsteht, überkommt den Autor in jenen Minuten eine furchtbare Ahnung: Alles Bluff! Spontan zerschlägt der Autor den gordischen Knoten – entgegen allen Regeln und Vorschriften...

Diese und viele andere spannende (auch aus der Strafhaft in Cottbus) Geschichten zu lesen, finde ich auch jetzt noch, nachdem ich den „Wälzer“ zum zweiten Mal in die Hand genommen habe, als wertvoll für jeden, dem geschichtliche Wahrheit etwas bedeutet.

Es war nicht alles schlecht in der DDR? Stimmt. Aber auch nicht gut.

Bernd Lippmann

Erinnerung an meinen Freund G.

Die Inspiration zum wesentlichen Teil der hier veröffentlichten Texte zum Russland-Ukraine-Konflikt schöpfte ich aus der Auseinandersetzung mit meinem alten Freund G. Während ich in meinen an ihn gerichteten Emails die westliche liberale Position verteidigte, in deren Zentrum individuelle Freiheiten, freie Marktwirtschaft und Demokratie stehen, verhöhnnte er diese als pure Heuchelei. Im Zentrum der Handlungen und Entscheidungen westlicher Staaten stünden keine hehren Ideale, son-

dern Profitinteressen der internationalen Konzerne und die militärisch abgesicherte globale Macht der USA. Deutschland sei in dieser Konstellation kein souveräner Staat, sondern ein nach wie vor besetztes Land und vollständig von den USA abhängiger Vollstrecker deren Willens, ohne eigene Entscheidungsbefugnisse. Die NATO-Osterweiterung sei ein Element der aggressiven amerikanischen Strategie, mit dem Ziel Russland einzukreisen, durch militärische Bedrohung daran zu hindern, ein ernst zu

nehmender Konkurrent der USA zu werden und langfristig zu zerstören. In diesem politischen Spiel der USA sei der von den USA bewaffneten und politisch ausgerichteten Ukraine die Rolle zugefallen, Russlands Großmachtposition aus den Angeln zu heben. Russland müsse sich folglich in der Ukraine vor der Aggression des Westens verteidigen.

Dieses Weltbild, das G. vollständig aus der antiwestlichen DDR-Propaganda geerbt hatte, war absolut hermetisch und gegen anderslautende Argumente immun. Ich

schreibe „war“, weil G. im August diesen Jahres überraschend verstorben ist. Bei aller Gegensätzlichkeit unserer politischen Weltbilder wurde ich vom Gefühl der Trauer erfasst. Denn G. war einer meiner ältesten Freunde. Wir kannten uns seit 1968, als wir in der Mecklenburgischen Stadt Torgelow in einer Funker-Einheit den Dienst in der Nationalen Volksarmee ableisteten, und haben gemeinsam Höhen und Tiefen, freudige Ereignisse und Schicksalsschläge erlebt.

Wir waren damals, 1968, beide begeisterte Sympathisanten des „Prager Frühlings“, der demokratischen Bewegung in der Tschechoslowakei, weg von doktrinen, stalinistischen Strukturen, hin zu einer freiheitlich-demokratischen Auffassung vom Sozialismus. Der mutige Versuch der Tschechen und Slowaken, sich aus den stalinistischen Fesseln zu befreien, wurde ihnen mit der Invasion einer 800.000-köpfigen Armada entgolten. Danach herrschte eine Zeitlang im ganzen Ostblock Friedhofsruhe.

Doch während ich den von der Tschechoslowakei 1968 vorgezeichneten Weg konsequent weiter verfolgt habe und nach

öffentlichem Protest und einem Jahr politischer Haft 1977 die DDR verließ, blieb mein Freund G. in der DDR und arrangierte sich mit den dortigen Verhältnissen. An seinem ungebrochenem Hängen an der russischen Sicht der Welt zeigte sich im Nachhinein, dass unserer früherer vermeintlicher ideeller Gleichklang wohl nur ein beiderseitiges Wunschenken gewesen ist. Denn so weit kann man sich kaum auseinanderentwickeln, wenn man nicht von vornherein zumindest charakterlich völlig verschieden ist. Wer ehrlichen Herzens 1968 die Invasion der „befreudeten“ Truppen der Staaten des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei verurteilte, kann nicht heute den Krieg Russlands gegen die um ihre Unabhängigkeit kämpfende Ukraine befürworten.

Doch offensichtlich gehörte G. wie viele ehemals privilegierte DDR-Bürger, nach der deutschen Vereinigung zu denen, die im Westen nie angekommen sind, obwohl er alle Vorzüge des Lebens im Westen ausgekostet hat. Es gab in der Welt wenige Länder, die G. nicht bereist hat. Eingesperrt hinter der Mauer und auf Schritt und Tritt beobachtet, traute man sich in der DDR nicht einmal davon zu träumen, die Welt

zu bereisen. Doch die Indoktrination, die Gehirnwäsche, der er sich als Student der marxistischen Philosophie unterzogen hatte, hinterließ in ihm offensichtlich unauslöschliche Spuren. Er gehörte zu der nicht unerheblichen Zahl älterer Einwohner der neuen Bundesländer, die der Bundesrepublik bescheinigen, im Gegensatz zur DDR undemokratisch zu sein, und deren größter Feind, wie in alten Zeiten der DDR, der Westen ist, an erster Stelle die USA. Bis 1989 gehörte G. zu den DDR-Bürgern, die nichts gegen „ihren“ Staat gehabt hätten, wenn er von keiner Mauer umgeben sein würde und seinen Bürgern den westlichen Lebensstandard bieten könnte. Heute leben sie in der Bundesrepublik ohne eine Mauer und mit westlichem Lebensstandard. Doch ihr Herz, das früher für die Sowjetunion schlug, schlägt heute für Putins Russland.

Dieser Text ist ein Nachtrag zu dem von mir kürzlich veröffentlichten Buch „Putins ‚russische Welt‘“. Es ist käuflich zu erwerben unter: <https://www.bod.de/buchshop/putins-russische-welt-gabrielberger-9783756856343>

Gabriel Berger

Ein verhindertes ‚Endsieger‘

Es war vermutlich Anfang April 1945. Ich war gerade 16 geworden. Jedem einigermaßen vernünftig denkenden Menschen musste klar gewesen sein, dass der Krieg für das Deutsche Reich verloren war. Ich gehörte nicht dazu, denn nach meiner heutigen Erinnerung lebte ich in dieser Zeit wie in einem Traumzustand. Es gab auch niemand, mit dem ich darüber hätte sprechen können. Mein Vater war im März von seiner Wehrmachtseinheit in Ostbrandenburg als vermisst gemeldet worden. In der offiziellen Propaganda in Zeitungen und im Rundfunk wurde immer noch der ‚Endsieg‘ beschworen. Von ‚Wunderwaffen‘ war die Rede. Ich habe darüber gar nicht nachgedacht, wie das hätte geschehen können.

Nach meiner Verwundung durch das explodierende Flugzeug am 22. März 1945, muss ich noch meinen Kopfverband getragen haben. Alle Haare am Kopf waren abgesengt und die Hautoberfläche war weitgehend schwarz. Da erhielt ich einen Brief mit der Aufforderung, mich zwecks Militärdienst beim Hitlerjugend-Jagdgeschwader

Oesau* in Tangermünde einzufinden. Es ist heutzutage kaum glaubhaft, aber ich bin fast geplatzt vor Stolz! Selbstverständlich hatte ich mich als Mitglied der Flieger-HJ (Hitlerjugend) schon 1944 freiwillig für den Kriegseinsatz bei der Luftwaffe gemeldet. Auch der Mensch, der diesen Brief an mich abgeschickt hat, handelte offensichtlich völlig wirklichkeitsfremd.

Ich marschierte mit diesem Brief sofort zum Bahnhof, um eine Fahrkarte zu lösen. Damals gab es in Großräschen noch einen Bahnhof. Der Mann am Schalter sagte: „Junge, da kannst Du nicht mehr hinfahren, da sind ja schon die Amerikaner.“ „Was soll ich denn jetzt machen?“ „Das kann ich Dir auch nicht sagen.“

Auf dem Weg nach Hause begegnete ich zufällig Gerhard Schutte. Er war kriegsverletzt mit einer Beinprothese nicht mehr im Kriegseinsatz und der HJ-Standortführer für Großräschen, stand also über allen HJ-Gliederungen. Als er mein Sprüchlein vernommen hatte, packte er meinen Arm

und sagte: „Scher’ Dich nach Hause, sonst haue ich Dir die Knochen kaputt!“ Ich war erschrocken, dies von ihm zu hören. Wenn ich das damals gemeldet hätte, wäre er als ‚Wehrkraftzersetzer‘ hingerichtet worden. Er hatte die Lage jedoch richtig eingeschätzt. Ich bin danach völlig verunsichert nach Hause gegangen.

Welches Schicksal Gerhard Schutte hatte, erfuhr ich viele Jahre später nach dem Mauerfall von meinem Schicksalsgefährten und treuen Freund Alfred Hubein aus Großräschen. Der war während seiner Gefangenschaft eine Zeitlang im berüchtigten Gefängnis ‚Roter Ochse‘ in Halle(S) inhaftiert. Von einem Mithäftling erfuhr er dort, dass Gerhard Schutte von einem sowjetischen Kriegsgericht im Amtsgerichtsgefängnis in Cottbus zum Tode verurteilt und dort auch durch Genickschuss ermordet wurde. Das ist nur eines von vielen Schicksalen, die niemals dokumentiert wurden. Meine zweimalige Anregung dazu, diese Geschichte zu ergründen und aufzunehmen beantwortete das Menschenrechtszentrum in Cottbus leider nicht.

Wolfgang Lehmann. Aus meinen Lebenserinnerungen: Bausteine (m)eines Lebens. Ein verhindertes ‚Endsiegler‘. Aus der Erinnerung aufgeschrieben im Heuert 2021, im 93. Lebensjahr, ergänzt im Jahr 2022 und im Mai 2023.

* Oberst Walter Oesau, * 28.06.1913 in Farnewinkel, † 11.05.1944 über Belgien nach Abschluß seines Flugzeuges, war Träger des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz mit Eichenlaub und Schwertern. Ihm zu Ehren erhielt das Jagdgeschwader 1 seinen Namen verliehen.

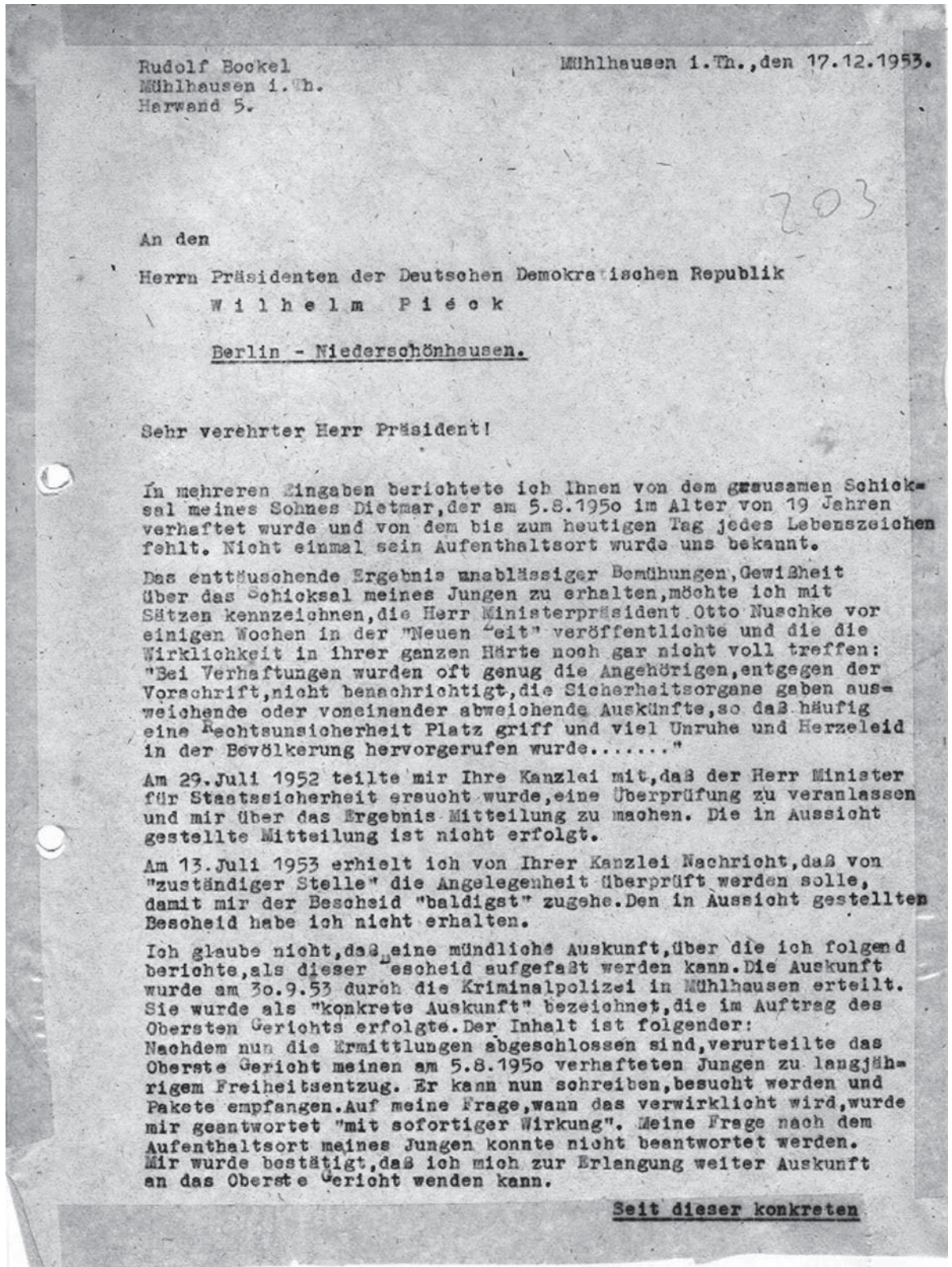
Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

Am 05. August 1950 wurde Dietmar Bockel um 22:15 Uhr in der elterlichen Wohnung in Mühlhausen/Thüringen festgenommen. Für die Eltern begann eine jahrelange Suche um zu erfahren, wohin das MfS ihren Sohn verschleppt hatte. Zwischen 1950 und 1957 schrieben der

Vater Rudolf und Großvater Heinrich Bockel 249 Briefe an Regierungen, Ministerien, Parteien und Institutionen in der DDR. Eine Auswahl von 65 Briefen wurde in einem Dokument erstellt und nachträglich der Dokumentengalerie des Zeitzeugen beigefügt. So wurden ca. ¼ aller

Briefe aufgeführt, um dem interessierten Leser die ganze Tragik zu zeigen und zu dokumentieren.

Der Leser ahnt, in welchen Ängsten, Sorgen und Nöten die Eltern sich befanden, um den Verbleib des einzigen Kin-



Faksimile: Der Brief (Auszug) von Rudolf Bockel an den Präsidenten Wilhelm Pieck. Der 17. Dezember 1953 ist der 23. Geburtstag seines Sohnes.

des! Aber der Leser kann auch erfahren, mit welcher Beharrlichkeit, Intelligenz, Penetranz und großem Mut sie Staats- und Ministerpräsidenten und weitere Führungspersonlichkeiten der DDR anscrieben und diese mit dem Unrecht der Verhaftung und des spurlosen Verschwinden ihres Sohnes konfrontierten. Vater und Großvater Bockel ließen nicht locker.

Wir sind dankbar, dass Dietmar Bockels Tochter Kerstin der Lagergemeinschaft Workuta den Nachlass zur Verfügung gestellt hat. Mittlerweile ist der Nachlass der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin übergeben worden. Die Auswahl der Briefe können Sie in der Dokumentengalerie Nr. 14 (Briefe) von Dietmar Bockel nachlesen:

https://www.workuta.de/Dietmar_Bockel/dokumentengalerie.html

https://www.workuta.de/Dietmar_Bockel/pdf/14a-Bockel%20Briefe%20-%20Auswahl.pdf

Am 03. Juni 2023 trafen sich zum ersten Mal Nachkommen und Angehörige von Gulag-Häftlingen in den Räumen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Kronenstraße in Berlin. An dem Treffen nahmen 19 Personen teil. Manche kannten sich bereits von den Jahrestreffen der Lagergemeinschaft Workuta, und manche lernten sich erst hier kennen. Aber trotzdem war die Atmosphäre von einer ungeahnten Vertraulichkeit und einem großen Vertrauen geprägt. Ein Schwerpunkt war das Kennenlernen. Jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin erzählte. Jede der 19 Vor-



Sitzungsrunde beim Treffen der 2. und 3. Generation am 03.06.2023 in Berlin



Gruppenfoto mit den Gastgebern der Bundesstiftung

stellungen war einzigartig, jeder einzelne Redebeitrag berührte und erschütterte zugleich.

Ein Bericht von Stefan Krikowski ist nachzulesen unter Aktuelles unserer Homepage mit Eintrag vom 10. Juni 2023: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Stefan Krikowski
Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion
Mitglied in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)
Tel. 030 – 78 71 48 18
smkrikowski@web.de
www.workuta.de

UOKG-Kongress Jugendhäuser

In Zusammenarbeit mit dem Thüringer Projekt „DENKOrte“ ThürAZ lädt die UOKG Sie herzlich zum Kongress „Jugendhäuser in der DDR. Geschichte. Insassen. Folgen“ ein.

Wie bei allen UOKG-Kongressen wenden wir uns einem bisher vernachlässigten Thema der SED-Diktatur zu, um es dauerhaft in der Öffentlichkeit zu verankern. In diesem Fall sind es die Jugendhäuser, die heute noch von manchem Historiker, Juristen oder Fachjournalisten mit den Jugendwerkhöfen verwechselt werden. Der Kongress wird die Jugendhäuser im

Repressionssystem der DDR verorten, ihre Geschichte sowie einige Jugendhäuser aus der Perspektive von Fachleuten und Zeitzeugen darstellen. Es geht im Weiteren um eine gerechte Bewertung bei Rehabilitationen und würdige Orte zum Nachdenken.

Ort: Erfurt, Augustinerkloster

Zeit: 14. Oktober 2023
10 bis 18.30 Uhr.

Es wird ein volles Programm. Das aktuelle Tagesprogramm finden Sie hier: <https://www.uokg.de/2023/05/info-jugendhaus/>

Das klassische Anmeldeformular und auch gleich eine Neuentwicklung als Online-Formular können Sie hier aufrufen: https://www.uokg.de/formular_erfurt/

Rückfragen bitte an die Veranstaltungsadresse: jugendhaus@uokg.de

Geben Sie die Einladung gerne weiter!

Dr. Christian Sachse (UOKG)
Tel.: 0178 1974 9 08
Stefanie Falkenberg
(DENKOrte)

Die Schmerzgrenze überwinden

Der 2. Bundesfrauenkongress in Halle

„Ab und an halte ich ja noch Zeitzeugenvorträge, das hängt von meiner Gesundheit ab“, sagt die Frau am Telefon. Ihrer Stimme ist anzuhören, dass sie aufgeregt ist. Sie möchte sich für den zweiten Bundesfrauenkongress in Halle anmelden, weiß aber nicht genau, wie nahe sie den anderen Teilnehmerinnen kommen möchte. Nach der Wende habe man sie beschimpft, Stasi-Mitarbeiterin zu sein, dass sei absurd!

Die UOKG hat bereits 2021 einen Bundesfrauenkongress durchgeführt und plant jetzt den zweiten. Sie weiß, dass mancher Vortrag alte Wunden aufreißen wird. Zum Beispiel der zum Paragraph 249: Wer als asozial denunziert wurde

und im Gefängnis landete, legte der SED-Staat fest. Aber teilweise wurden diese Frauen auch von ihren Mitgefangenen verachtet, denn sie waren ja keine ‚politischen‘, manche galten als schlechte Mütter. „Wir wünschen uns, dass die Frauen sich gegenseitig unterstützen, sie haben alle gelitten“, sagt Sandra Czech, die das Programm mitgestaltet. Deshalb ist für den zweiten Kongress die Mitmach-Aktion „Netzwerke schaffen“ geplant: Auf Freiwilligenbasis können die Teilnehmerinnen Infos zu ihrer Person, beratenden und therapeutischen Angeboten sowie Selbsthilfegruppen auf einer Deutschlandkarte eintragen. So können die Gespräche unter den Frauen auch nach dem Kongress weiterlaufen.

Bei bis zu 120 Kongressteilnehmerinnen wird es kaum möglich sein, es jeder einzelnen völlig recht zu machen. Aber wir als UOKG-Team geben uns Mühe, was Hotelunterbringung, Essen, Rücksicht auf krankheits- oder altersbedingte Einschränkungen und vor allem das Programm angeht. Auch wenn es anstrengend oder Angst einflößend ist: Es ist wichtig, einander leibhaftig zu begegnen.

Elske Brault

Verronnene Zeit

2. Bundeskongress politisch verfolgter

Frauen in der SBZ/DDR

06. – 08. Oktober 2023

in den Franckeschen Stiftungen zu Halle

Anmeldungen bei Elske Brault unter

kongress.halle@uokg.de

oder telefonisch 0152 07911934

Teilnahmegebühr 50,- €, Ermäßigungen für Tagesgäste und Härtefälle 

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V (ARE)

Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Aufarbeitung

Auf der Basis eines Erschließungsvertrags kann jetzt mit der praktischen Zusammenarbeit begonnen werden, zu der die Übertragung von wichtigen Teilen des Dokumentarmaterials an die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur erfolgen soll. Die Vorsortierung und Selektierung werden in enger Abstimmung mit der Leitung der Stiftung erfolgen, wir selbst wirken federführend bei der Zusammenstellung mit. Bei dieser Vorbereitung ergeben sich für ARE und FRE wichtige organisatorische und formelle Aufgaben. Beispielhaft steht hier die Einholung von Zustimmungen der Einsender an uns, zur Herausgabe von persönlichen Unterlagen zwecks Archivierung und historischer Nutzung in den Räumen der Stiftung.

Durch die fachliche und finanzielle Unterstützung kann erwartet werden, dass die Übertragung im Wesentlichen in den nächsten Monaten vorstattengeht, sodass auch eine weitere Nutzung nach dem Erschließungssystem der Stiftung erfolgen kann. Wir versprechen uns eine wesentlich verstärkte Öffentlichkeitswirkung, auf die wir mit eigenen Aktionen und Maßnahmen einwirken werden. Denn es darf in keinem Fall dazu kommen, dass die wichtigen Zeitzeugenberichte, Schilde-

rungen aus den Speziallagern, Nachlassverfügungen usw. in ihrer historischen und rechtlichen Bedeutung ihre

Wertschätzung verlieren und im Einsatz für die Wiedergutmachung des Unrechts verloren gehen bzw. nicht die nötigen rechtlichen und politischen Konsequenzen sichtbar machen. Über die weitere Entwicklung halten wir Sie auf dem laufenden und bitten bei dieser Gelegenheit die Betroffenen, in ihren Unterlagen nachzuschauen, ob sich noch wichtige Dokumente, Korrespondenzen und Berichte bei Ihnen befinden, die in diese Zusammenstellung gehören.

90-Minuten Film „Phantomschmerz Heimat“

Die erneute Aufführung des von unserer Dreiergruppe gestalteten Zeitzeugenfilms „Phantomschmerz Heimat“ am 04. April 2023 im Berliner Nicolai-Viertel hat mit ihrem Erfolg in der Gedenkbibliothek gezeigt, dass dieser Streifen eine viel weitere Verbreitung finden muss. Daher heute für alle Mitglieder und Freunde, Förderer und Interessenten, hier die Angabe, wie Sie den Film bei sich aufrufen können. Sie gehen auf die Homepage der Fördergemeinschaft: www.rechtundeigentum.eu

Gern hätten wir gewusst, ob sie sich den Film auf diese Weise ansehen konnten

und was sie dazu zu sagen haben. Sie sehen ja aus den einzelnen Berichten der Betroffenen, dass wir die verschiedenen Bereiche des Unrechts- und Enteignungsgeschehens thematisiert haben. Vielleicht interessiert es Sie auch, dass aus unserem Film einige Sequenzen für Kurzformen im Rahmen des neuen Schul- u. Bildungsprojekts 2023 der FRE zusammen mit ARE verwendet werden. Dieser Informations- und Bildungsarbeit messen wir zusammen mit der Stiftung große Bedeutung zu.

Projekttag in Berlin zu den Defiziten der Einheit

Für den 12. Juli des Jahres planen wir auf Anregung der Geschäftsführung der Bundesstiftung Aufarbeitung in der Kronenstraße 5, in 10117 Berlin, eine Projektveranstaltung zu den Defiziten und offenen Fragen. Als Arbeitstitel haben wir vorgeschlagen: „33 Jahre Wiedervereinigung – und doch: eine Unvollendete?“

Zu den weiteren wichtigen Punkten dann in Kürze mehr. Dann wird es auch um die Weiterführung der Veröffentlichung falscher und rechtswidriger Urteile und Entscheidungen der Justiz gehen. Stichwort: „Richterkontrolle“.

Ihr ARE-Team
mit M. Graf v. Schwerin

2. Jahresbericht der SED-Opferbeauftragten

Anlässlich der Vorstellung des zweiten Jahresberichts der SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke erklärt der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Dieter Dombrowski: „Ich möchte mich für die engagierte Arbeit der SED-Opferbeauftragten für die Interessen der SED-Opfer bedanken. Ausdrücklich unterstütze ich das Verlangen, nach einer baldigen Klärung über die Zuständigkeiten zur Errichtung eines bundesweiten Härtefallfonds. Die anstehende Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze sollte noch vor dem Jahreswechsel im Deutschen Bundestag beraten werden.“

Als empörend bezeichnet Dieter Dombrowski das Verhalten der Firma Otto, die sich jeglicher Aufklärung der Beteiligung an Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in Gefängnissen der DDR verweigert. Dies widerspricht den Grundsätzen von Nachhaltigkeit und Unternehmensethik, für die Otto schon viele Preise bekommen hat. „Offensichtlich segelt hier ein Unternehmen unter falscher Flagge, so Dombrowski abschließend“.



Foto: © UOKG



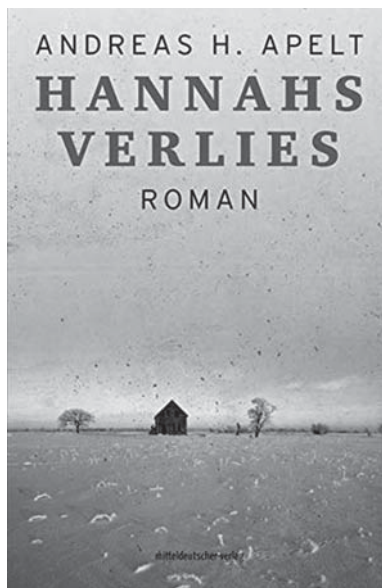
Firma OTTO – Pentacon Kamera

Die Mauer der Schuld

Das Lager Ketschendorf als literarischer Ort

Winter 1945. Die Front stockt für Tage an der Oder. Mit äußerster Brutalität toben sich die russischen Besatzer in den flussnahen Dörfern aus. Um seine dreizehnjährige Schwester Hannah vor russischen Soldaten zu schützen, mauert der fünfzehnjährige Helmuth Harder sie im Keller eines schlesischen Bauernhauses ein. Dies in der Hoffnung, dass die Front bald weiterziehen würde. Doch die Befreiung bleibt aus, weil der Bruder unter Werwolfverdacht verhaftet wird. Für den unschuldigen Jungen beginnt eine dramatische Odyssee. Die Hoffnung, die Schwester retten zu können, schwindet von Tag zu Tag.

Dafür erfährt Harder die Gräueltaten des Krieges und Nachkrieges. Die Rache der Sieger ist grausam. Schon in den Verhörkellern der GPU werden die Geständnisse der Halbwüchsigen „erprügelt“. Die ersten sterben. Für die Überlebenden geht es in ein Speziallager. Das befindet sich in Ketschendorf bei Fürstenwalde. In der ehemaligen, für fünfhundert Menschen ausgelegten Wohnsiedlung drängen sich über zehntausend Menschen. Darunter über tausend Jungen, die in ein 8-Familienhaus gepfercht werden. Der jüngste der angeblichen Werwölfe ist gerade zwölf. Auf dem kalten Beton ist für die halb verhungerten und von den Wanzen geplagten Jugendlichen nicht einmal genügend Platz zum Liegen.



.....
 Andreas H. Apelt: *Hanna's Verlies*. Roman, Mitteldeutscher Verlag Halle 3. Aufl., 480 S. ISBN 978-3-96311-329-1

Hier wartet nur der Tod, der die arbeitsfähigen Insassen bald auch in den zugigen Viehwaggons begleitet, die bei Eiseskälte über fünf Wochen gen Osten rollen. Ihr Ziel sind die sibirischen Arbeitslager in Prokopjewsk oder Workuta. Auch hier ist die Arbeit hart und das Regime streng. Nicht wenige werden in der gefrorenen Erde Sibiriens würdelos verscharrt.

Harder überlebt. Zum Schweigen verpflichtet wird er Anfang 1950 in die DDR entlassen. Hier versucht er zu vergessen. Er zieht sich in ein Vorwerk zurück und heiratet. Doch die Vergangenheit holt ihn ein. Der Roman erzählt die Geschichte aus der Perspektive von Harders Sohn. Dieser, in den 1980-er Jahren nach Hamburg ausgewandert, begibt sich nach dem Tod des Vaters auf Spurensuche. Als Vorlage für den Roman dient die Lebensgeschichte eines ehemaligen Häftlings. Der heute 94-jährige überlebte die Torturen, ein Glücksfall, denn so authentisch wie einfühlsam kann nur einer berichten, der es selbst erlebt hat.

Ein großer Roman darüber, wie ein nicht mehr ertragbares Maß an Leid einen Menschen verstummen lässt.

Michael Hametner, MDR

Ein fulminanter und sehr emotionaler Roman, der den Leser von der ersten Zeile an zu fesseln vermag.

Michael G. Fritz, Dresdner
 Neue Nachrichten

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Justizgeflüster

Mit ihrer Foto-Text-Dokumentation „Justizgeflüster“ legen der Historiker Krasting und der Jurist Vogel ein Sachbuch über historische und aktuell existierende Justizstandorte in Berlin vor. Bei den vorgestellten - überwiegend heute noch genutzten - Gerichtsdomizilen und Gefängnissen handelt es sich vielfach um Gebäudeanlagen, die bereits in der deutschen Kaiserzeit errichtet wurden. Ausführlich und wortreich beschreiben die Autoren deren Außenarchitektur, gestalterische Details und die innere Ausstattung. Sehr knapp fallen dagegen die mit Anekdoten angereicherten Ausführungen zur Nutzungsgeschichte der Bauten bzw. zur Funktionsgeschichte der dort ansässigen Institutionen aus. Wenn in den erläuterten Texten Personen Erwähnung finden, so sind das zumeist Architekten oder Gerichtsreporter. Vergleichsweise selten finden sich die Namen von Akteuren, die vor oder hinter der Gerichtsschranke standen.

Gegliedert ist der Band in drei thematische Abschnitte. Im ersten Teil „Berliner Gerichte“ widmen sich die Autoren den Institutionen der Rechtsprechung und ihren mitunter wechselnden Wirkungsstätten. Unterbelichtet bleibt dabei die Dimension der menschlichen Tragödien, die sich in den Gerichtssälen im Kontext verschiedener politischen Herrschaftsformen abgespielt haben. Nur in den Passagen zum Volksgerichtshof und zum Obersten Gericht der DDR wird die in beiden deutschen Diktatoren ausgeübte Funktion der

Berliner Justizgremien als Machtfaktor und Terrorinstrument primär hervorgehoben und eindeutig dargestellt. Bezüglich der beiden Amtsgerichtsgebäude in Köpenick und in Weißensee wird deren Wirken in der DDR komplett ausgeblendet. Ein Unikat war das Oberste Rückerstattungsgericht in der Rauchstraße 17 in Tiergarten. In diesem Gericht auf Zeit entschieden von 1953 bis 1990 jeweils drei deutsche und drei westalliierte Richter über die Restitution der vom NS-Staat beschlagnahmten oder unter Zwang veräußerten Vermögenswerte.

Der zweite Teil der Publikation befasst sich mit den traditionsreichen und geschichtsträchtigen Berliner Gefängnisbauten. Einzelne, historische Verwahranstalten sind aus dem Stadtbild verschwunden (Kriegsverbrechergefängnis Spandau, Zellengefängnis Lehrter Straße, Frauengefängnis Barnimstraße), andere wurden stillgelegt und umgewidmet (Gefängnis Rummelsburg, Strafgefängnis Charlottenburg, Amtsgerichtsgefängnis Weißensee) oder beherbergen aktuell Gedenkstätten (Amtsgerichtsgefängnis Köpenick, Untersuchungshaftanstalt des MfS Berlin-Hohenschönhausen). Die meisten der beschriebenen Haftkomplexe sind aber heute noch mit weit über Dreitausenden Insassen belegt und können nur aus einer gewissen Distanz in Augenschein genommen werden.

Unerwähnt bleiben bei Krasting und Vogel das Gestapogefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße, das Polizeigegefängnis innerhalb des Präsidiums an der Alex-

anderstraße – welches sie offensichtlich mit dem Stadtvogteigegefängnis verwechseln – und das einzige Haftarbeitslager der Staatssicherheit in der Hohenschönhausener Genslerstraße.

Bei einer Neuauflage sollten einige Fehlinformationen berichtigt werden. So hat zum Beispiel schon die DDR in der Puchanstraße 12 mit einer kleinen Ausstellung an die Köpenicker Blutwoche erinnert. Die Amtsgerichtsgefängnisse in Lichterfelde und in Pankow wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst von der deutschen Verwaltung betrieben und nicht von den Amerikanern bzw. den Sowjets „übernommen“. Das traditionsreiche Gefängnis Stadtvogtei befand sich von 1901 bis 1929 in der Dircksenstr. 13-15. Danach nutzte u. a. die Überführungsstelle der Polizei, das Gefangenenfuhramt und die Kriminalpolizei das Gebäude. Die erneute Inbetriebnahme als Haftanstalt im Mai 1949 stand im Zusammenhang mit der Spaltung des Berliner Justizwesens. 1954 wurde die Stadtvogtei endgültig geschlossen. Heute steht dort das Einkaufszentrum Alexa.

Anzumerken bzw. hervorzuheben wäre auch, dass die Strafvollzugseinrichtungen in der DDR strukturell zum Ministerium des Inneren gehörten.

Im dritten Buchteil stellen die Autoren „Weitere Orte der Justiz“ vor. Dazu gehören u. a. die Gerichtslaube im Nikolaiviertel, die ehemaligen Hinrichtungsplätze, die das Gerichtswesen betreffenden Ausbildungsstätten an den Berliner Universitäten sowie die Senatsverwaltung für Justiz.

Im Anhang ihres Werkes offerieren Krasting und Vogel drei Strecken für Fahrradtouren, auf den man sich die Justizgeschichte der Spreemetropole selbst oder mit Unterstützung von gebuchten Moderatoren erschließen kann.

Der Band ist reichhaltig illustriert. Die historischen Schwarzweißfotos stammen mehrheitlich aus dem Landesarchiv und die aktuellen Farbablichtungen wurden vom Co-Autor Arne Krasting vorgenommen.

.....
Justizgeflüster. Gerichte und Gefängnisse in Berlin. Zeitreisen mit Arne Krasting und Alexander Vogel, Ammian Verlag, Berlin 2022, 268 Seiten, ISBN-13: 978-3948052126



Der 17. Juni 1953 – Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn

Dr. Ronny Heidenreich stellte erstmalig seine 3-bändige Ausgabe „Der 17. Juni 1953 - Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn“ am 09. Juni 2023 in Neubrandenburg vor. Dazu reisten Vertreter der Fraktionen der CDU, SPD, Die Linke der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern an.

In dem fast 1000 seitigen Werk werden Akten aus dem Bundesarchiv vorgestellt,

die die Vorgeschichte, den Aufstand, sowie die Folgen des 17. Juni aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten.

Dabei werden den Einschätzungen von SED, Polizei und Staatssicherheit die Einschätzungen westdeutscher Sicherheitsbehörden und des Bundeskanzleramtes gegenübergestellt. Hinzu kommen bislang wenig beachtete Augenzeugenberichte.

Das Buch kann bezogen werden über: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/publikationen/publikation/der-17-juni-1953/>

André Rohloff



(Von links nach rechts): Silva Keitsch (CDU), André Rohloff (Stv. Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. in M-V), Ann Christin von Allwörden (CDU), Katy Hoffmeister (CDU), Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv).



Ronny Heidenreich: *Der 17. Juni 1953: Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn*, Verlag Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv 2023, 970 Seiten, ISBN 978-3-946572-33-6

Denkort Hohenleuben in Thüringen

Zeitzeugenaufwurf für die Gestaltung einer DENKTafel in Hohenleuben

Das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ in Jena führt das Projekt „DENKOrte in Thüringen“ durch. An ausgewählten historischen Orten in Thüringen wird über repressives, widerständiges und zivilcouragiertes Handeln während der Zeit der DDR und SBZ informiert und daran erinnert. Für die Gestaltung einer DENKTafel in Hohenleuben sind wir auf die Hilfe von Zeitzeuginnen angewiesen, die zwischen 1951-1990 in der dortigen Strafvollzugsanstalt für Frauen inhaftiert waren. Denn das Projekt lebt von der Beteiligung und Mitwirkung vieler. Wenn Sie also etwas zu berichten oder zu zeigen haben, wenn Sie über besonderes Wissen über diesen Ort verfügen, sind Sie eingeladen, Ihre Erinnerungen und/oder historischen Dokumente mit uns zu teilen.

rungen und/oder historischen Dokumente mit uns zu teilen.

Kontakt: denkorte@thueraz.de
+49 (0)176 64143036

Gefangenenakten von Verhafteten und Gefangenen – Recherche im Bundesarchiv möglich

Im Rahmen des Projektes „DENKOrte in Thüringen“ recherchieren wir derzeit in vielen Archiven zum Haftort Hohenleuben. Eine wichtige Quelle zur Aufarbeitung dieses Ortes sind für uns die sog. „Gefangenenakten“.

Im Bundesarchiv etwa ist die Anfrage zwecks Nachweisen von Inhaftierungszeiten, Gerichts- und Strafvollzugsakten sowie Arbeits- und Gesundheitsunterla-

gen zu Haftzeiten in der ehemaligen DDR möglich. Eine erste Auskunft dazu erfolgt aus der Zentralen Gefangenenkartei des Ministeriums des Innern (Mdi) der DDR. Die jeweilige persönliche Gefangenenpersonalakte hingegen, befindet sich heute oft noch in der letzten Strafvollzugsanstalt.

Die Recherche in diesen Unterlagen erfordert die konkrete Angabe von Personendaten sowie eine Einverständniserklärung der Betroffenen.

Mein Anliegen wäre einerseits, im Rahmen des Projektes und der Aufarbeitung der Geschichte des historischen Ortes, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen. Andererseits, wenn Sie dies nicht möchten, sollen Sie wissen, dass Sie die Möglichkeit haben, selber einen Rechercheauftrag auszulösen.

Kontakt: denkorte@thueraz.de
+49 (0)176 64143036

„DDR im Plural“: Neues Lesebuch zur DDR-Geschichte

Mehr als 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution zeigen 25 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anschaulich, wie sie sich mit neuen Forschungsansätzen dem vielschichtigen Wesen der DDR und seinen Nachwirkungen bis in die gesamtdeutsche Gegenwart annähern.

Es gab nicht nur eine DDR. Ob Unrechtsstaat, Fürsorgediktatur oder „Nischengesellschaft“: Der ehemalige ostdeutsche Teilstaat hat in Geschichtswissenschaft und öffentlichen Debatten diverse Deu-

tungen erfahren. In ihrer Geschichte war die DDR sowohl junger Nachfolgestaat der NS-Diktatur als auch spätsozialistisches System vor dem Kollaps. Sie war ein Teil Deutschlands sowie „Bruderstaat“ für die anderen Länder im „Ostblock“. Die Vielzahl an Zuschreibungen zeigt bereits, dass zum Verständnis der DDR ein pluraler Zugriff auf ihre Geschichte und ihre Hinterlassenschaften sinnvoll und fruchtbar ist.

In prägnanten, kurzen Texten geben aktuelle und ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur einen Einblick in ihre Forschungsarbeiten.

Die gewählten Perspektiven reichen von der Aufbauzeit bis zu den Jahren nach der „Wende“. Sie widmen sich unter anderem dem alltäglichen Leben, kulturellen Räumen, aber auch dem Politik- und Sicherheitsapparat. Sie fragen nach Kämpfen, die die DDR im Inneren und nach außen führte, der Repräsentation von Kunst,

aber ebenso nach der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz. Gleichfalls geht der Blick über das Ende der DDR hinaus in die Zeit, als die DDR zum „Osten“ wurde. Außerdem stehen Geschichte(n) und Hinterlassenschaften bis in die heutige Zeit im Fokus und wie diese etwa auf Twitter fortwirken.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung konnte seit 2001 bereits über 145 Promotionsprojekte in ihrem Stipendienprogramm fördern. Einen Überblick über die Vielfalt der geförderten Themen bietet das nunmehr dritte Lesebuch. Der im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung von drei Geförderten herausgegebene Band knüpft an die Bände „Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte“ von 2012 und „Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch“ von 2008 an, mit denen bereits zweimal Ergebnisse des Stipendienprogramms der Bundesstiftung im Metropol Verlag erschienen sind. <https://metropol-verlag.de/produkt/ddr-im-plural/>



.....
DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart. Hrsg. v. Christopher Banditt, Nadine Jenke, Sophie Lange im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung, Metropol Verlag 2023, 366 Seiten, ISBN: 978-3-86331-665-5

Bayern in der friedlichen Revolution 1989/90

Allein der Titel zeigt einen ungewöhnlichen Blickwinkel, denn wer denkt bei dem Sturz der SED-Diktatur, die vor allem von den mutigen Menschen in Plauen, Leipzig, Ostberlin oder Rostock ausging, an Bayern? Der promovierte Autor hat sich in früheren Werken unter anderem sehr ausführlich mit der friedlichen Revolution in Sachsen, sowie mit der Gründung des Freistaates Sachsen beschäftigt. Dabei erforschte er auch die Verbindungen die schon Ende 1989 zwischen Sachsen und Bayern aufgenommen wurden.

Vor allem die CSU suchte durch die Unterstützung der am 20. Januar 1990 in

Leipzig gegründeten „Deutschen Sozialen Union“ ihren Einfluß gesamtdeutsch auszuweiten. Das in sieben große Teile

gegliederte Werk hat 599 Seiten. Davor sollte man aber nicht zurückschrecken, denn die einzelnen Kapitel sind sehr übersichtlich, auch zum nachschlagen geeignet, vor allem aber sehr flüssig zu lesen. Besonders die Fluchten von DDR-Bewohnern nach Bayern via Ungarn oder über die bundesdeutsche Botschaft in Prag wird mit den politischen Hintergründen in Ost und West dargestellt. Ein umfangreicher Apparat mit Verweisen ist angefügt. Dieses Buch ist, besonders im Hinblick auf die schwindenden Kenntnisse im politischen Bildungsbereich, allen Lehrern und Multiplikatoren besonders zu empfehlen und gehört in jede Schulbibliothek. Es bleibt zu hoffen, dass auch die Bundeszentrale für politische Bildung dieses wichtige Buch in ihren Verteiler aufnimmt.



.....
Michael Richter: Bayern in der friedlichen Revolution 1989/90. Books on Demand 2023, ISBN: 9 783734 728433

Anton Odenthal

Der kurze Sommer der Freiheit

Anhand der Lebens- und Leidensgeschichten Leipziger Studenten und Studentinnen in der SBZ und Anfangsjahren der DDR zeigt Klaus-Rüdiger Mai, Historiker, Spezialgebiet Geschichte und Gegenwart Ostdeutschlands) in seinen Buch „Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde“, wie schnell diktatorische Parteien einen Staat erobern können, wie konsequent und vielseitig er totalitär überall Einfluss nimmt und wie schnell Recht gebeugt werden kann. Die opponierenden mutigen Jugendlichen erlebten hautnah, wie die DDR aus dem Geist bzw. Ungeist des Stalinismus entstanden ist. Herbert Belters junges Leben endet mit der Hinrichtung im Geheimdienstgefängnis in Moskau.

Insgesamt wurden in den Jahren 1945-1965 etwa 91 Leipziger Studenten systematisch wegen ihres abweichenden und kritischen Denkens – auch aufgrund vom Sicherheitsdienst konstruierter Vorfälle – verfolgt, eingesperrt bzw. ermordet. Arno Esch z.B., der sich für liberale Demokratie, Bürgerrechte und freie Wahlen einsetzte, wurde 1949 vor ein sowjetisches Militärgericht gestellt und zu zum Tode verurteilt.

An zentraler Stelle des Buches geht es um das Schicksal der vom Geheimdienst konstruierten und sogenannten „Belter-Gruppe“ (9 Studenten verschiedener Fakultäten, die eher zufällig zusammenfanden). Der Autor weist darauf hin, dass

diese Fälle keine Ausnahme oder Einzelschicksale sind, sondern sie stellvertretend für Tausende ähnlicher Schicksale stehen. Der 20jährige Student Herbert Belter, nach dem Ende des Krieges und früher Jugend im 3. Reich politisch idealistisch eingestellt, musste bald erkennen, wie Wahlen manipuliert, die Universität „gleichgeschaltet“, verschult, ideologisiert, eine Hetze gegen demokratische Parteien vom Zaun gebrochen wurde und erste Schauprozesse stattfanden.

Herbert Belter wurde am 08.10.1950 wegen „antidemokratischer Umtriebe“ und der Spionage verdächtig festgenommen und für seine besorgten Eltern zum „verschwundenen Sohn“. Die Protokolle des Verhörs und späteren Gerichtsverhandlung, das Begnadigungsersuchen und die Hinrichtung durch Genickschuss gibt er Autor auf 40 Seiten ausführlichst wider. – Am 18. Oktober 1991 wurde er von der russischen Militärstaatsanwaltschaft (posthum) rehabilitiert!

Klaus-Rüdiger Mai, Dr. phil, geb. 1963, ist Germanist, Historiker und Philosoph, betont mit seinem Buch, wie wichtig es ist, historisches Bewusstsein zu schaffen.

.....
Klaus-Rüdiger Mai: Der kurze Sommer der Freiheit. Wie aus der DDR eine Diktatur wurde, Herder Verlag 2023, 320 Seiten, ISBN 13: 978-3-451-39463-8

Für einen demokratischen Staat ist dies unerlässlich. Er zeigt auf, dass der Weg in eine Diktatur nicht zwingend durch einen Putsch, sondern schleichend vor sich gehen kann.

Sein Spezialgebiet sind die religiösen, philosophischen und künstlerischen Kulturen Europas gestern und heute sowie die Geschichte und Gegenwart Ostdeutschlands und Osteuropas. Er ist erfolgreicher Roman- und Sachbuchautor, Essayist und Publizist und lebt mit seiner Familie bei Berlin.

Berthold Schäffner

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
 Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Korrekturen zur Ausgabe 4/23

Schreibfehler in der Liste der Spendernamen: Richtig ist: Wilfried und Helga Härtel. **Fördermittelgeber zum Beitrag** „Schlesien – Gedenkfeier und -fahrt nach Tost“ ist die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Sächsische Staatsministerium des Inneren sowie das Land Brandenburg.

Hinweise der Redaktion

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise. Danke auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Beachten Sie auch unsere jeweiligen Zitate auf der letzten Seite.

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

Mitteilung des BSV-Fördervereins für Beratungen

Laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 30. März 2023 wurde der BSV zum 31. Mai 2023 aufgelöst. **Ab sofort ist die UOKG der alleinige Herausgeber von der „stacheldraht“, der uneingeschränkt weiter erscheinen wird. Beratungen finden nicht mehr statt.** Mitgliedsbeiträge und Spenden für den BSV sind nicht mehr zu überweisen. Abo und Spenden für die Zeitschrift „der stacheldraht“ sind bitte ausschließlich auf das Konto der UOKG zu überweisen. Es finden keine Beratungen mehr statt.

Daueraufträge und Überweisungen ab dem 01. Mai. 2023 nur noch auf das Konto der UOKG.

Konto: UOKG e.V.
 IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
 BIC: DEUTDE33HAN
 Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Bestehende Daueraufträge an das bisherige Konto des BSV sind bei der zuständigen Bank zu ändern. Nähere Infos unter Tel.: (030) 55 15 28 58.

Für die Zukunft wünscht alles Gute und viel Gesundheit der Vorstand des BSV-Fördervereins für Beratungen.

Die UOKG gratuliert zum Geburts-

tag: Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni, As-nath Boggasch, Michael Teltz am 05. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich die Redaktion.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben:

Stefan Gemeinhardt, Gerd Ahnert, Sibylle Dreher, Dr. Ursula Wischer, Thomas Gries, Harald Steinke, Rolf und Gisela Raible, Horst und Sieglinde Opitz, Michael Striss, Dr. Detlef Krastel, Erik Hofmann, Anja Nattke, Reinhild Meissner, Peter Lange, Wolfgang Lehmann, Hartmut Teuffel, Dr. Jens Nielsen, Uwe Behne, Gerhard Knorr, Manfred Smala, Edeltraud Suppe, Udo und Ursula Schulz

Das Zitat

„Wenn eine kleine elitäre Minderheit der oberen Bildungs- und Einkommenschichten der Gesellschaft der großen Mehrheit der Andersdenkenden ihre Werte durch Belehrungen oder Verbote aufzwingt, kann das wohl als eine Art Diktatur gewertet werden.“

Forsa-Chef Manfred Güllner, 81, ist Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Er ist Mitglied der SPD.

Quelle: Interview vom 12.06.2023 in „Welt-Online“, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus245802438/Forsa-Chef-zu-AfD-Hoch-Elitaere-gruene-Minderheit-zwingt-Mehrheit-ihre-Werte-auf.html>

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:

Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 5/23: 16. Juni 2023

Redaktionsschluss Ausgabe 6/23: 21. Juli 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

